

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährlich 3 M., durch die Post 3,60 M. Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigenannahme: Inseraten-Union, GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. • Preis für die 25 mm breite Millimeterzeile 40 Pf. Platzvorschriften ausgeschlossen. • Postfach-Ronto Hannover Nr. 576 13. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Viktorstr. 46. • Tel.-Nr. 608 21. • Telegr.-Adr.: Mittelverband Bochum.

Raub am Lebensnotwendigsten!

Was dem Ruhrbergmann zum Leben bleibt.
Erste Ergebnisse unserer Haushaltsuntersuchungen.

I.

Was die Zechenbesitzer an der Ruhr mit der Kündigung des Lohntarifes angedacht haben, ist mit einem Worte als soziale Brandstiftung zu bezeichnen. Ihre Absicht zielt ganz eindeutig auf einen Lohnraub ab. Sie nennen das „in eine Erörterung über die Senkung der Produktionskosten eintreten“, die im Hinblick auf die Entwicklung des Absatzes und der Preise unumgänglich sei. Damit glauben sie ihrem Vorhaben ein sachliches Mäntelchen umhängen zu können und der Öffentlichkeit vorzutäuschen, als ob mit Lohnverminderungen und nur durch Lohnverminderungen eine Kohlenpreissenkung erfolgen könne. Und da Preisabbau Diskussionen gegenwärtig sehr modern sind, ohne daß dadurch weder die Großhandelspreise noch namentlich die Lebenshaltungskosten auch nur einen Deut zurückgehen, ja sie im Gegenteil noch weiter nach oben streben, so ist denn eine ziemlich verbreitete Stimmung für Lohnkürzungen entstanden.

Solche Stimmungen sind gefährlich. Das große Publikum, dem die objektiven Unterlagen für eine eigene Urteilsbildung fehlt, fragt im allgemeinen weniger danach, ob die ihm von der großen Unternehmenspresse vorgelegten Meinungen mit den Tatsachen übereinstimmen und ist nur allzu leicht geneigt, Meinungen schon deshalb für richtig zu halten, nur weil sie ihm in den Zeitungen und an Stammtischen immer wieder aufgetischt werden. Die Zechenbesitzer versuchen nun diese Stimmungsfaktoren für ihre Sache nutzbar zu machen.

Es handelt sich dabei aber um einen ganz plumpen

Mißbrauch der öffentlichen Meinung.

Die Öffentlichkeit will niedrigere Preise und sieht in dem Preisabbau den wirksamsten Anreiz für eine Wirtschaftsbelebung. Die Zechenbesitzer denken aber gar nicht ernstlich an einen Preisabbau. Sie sagen sogar, daß sie einen Preisabbau schon vorgenommen hätten. Man brauche sich nur die Entwicklung der Umlage anzusehen, um zu erkennen, daß sie alle markttechnischen Gesichtspunkte bereits berücksichtigt hätten. Vielmehr seien es die schon zurückgegangenen Preise, die sie veranlaßt hätten, mit den Gewerkschaften über eine Senkung der Produktionskosten, d. h. ganz offensichtlich Senkung der Löhne, zu verhandeln. Ihnen schwebt also als Ergebnis dieser Verhandlungen nicht etwa ein durch Inlandspreissenkung vermehrter Kohlenabsatz, sowohl für die Winterbevorratung der Haushaltungen als auch zur Auffüllung der mangelhaften Industriebestände, vor, sondern lediglich ein Lohnabbau, der ihnen für die gegenwärtigen Kriseneinwirkungen auf Kosten der Arbeiter einen vollen Ausgleich liefern soll. Die Krisenopfer der Arbeiterschaft, die endlosen Feiertage und zahlreichen Bergarbeiterentlassungen in die Millionen, ja in die Hunderte von Millionen gehen, wollen die Zechenbesitzer noch weiter vergrößern, um sich vollends zu entlasten. Das ist ihre mit der Kündigung des Lohntarifes verfolgte Absicht.

Daß sie mit dieser durchsichtigen Absicht gerade jetzt im Wahlkampf hervorgetreten sind, hat nebenbei auch noch

politische Gründe.

Gegenwärtig regiert im Reiche unter der Führung des Zentrumskanzlers Brüning ein Kabinett, in dem die großagrarisches und großkapitalistische Einflüsse überwiegen. Die Lage dieses Kabinetts sind gefährlich. Der Unwille des Volkes über die rückwärtige Zoll-, Steuer- und Sozialpolitik, die sich an die Namen Brüning, Schiele, Dietrich und Stegerwald knüpft, wächst zusehends und wird verhindern, daß diese Minderheitsregierung in den jetzigen Wahlen eine Mehrheit findet. Das kommende Kabinett wird anders aussehen und vor diesem Toranschluß wollten auch die Kohlenindustriellen ihren Lohnabbauweisen noch in die Scheuern bringen, daß die Eisenindustriellen und andere schon unter Dach und Fach haben. Im Vertrauen auf Brüning hat der Essener Zechenverband dieses hohe Spiel der Tarifkündigung im Wahlkampf gewagt. Dieses Spiel muß ihm verdorben werden. Die Gewerkschaften nehmen den ihnen jetzt aufgezwungenen Kampf auf, und die Unternehmer sollen wissen, daß in den Verhandlungen nicht nur die von ihnen zur Diskussion gestellten Punkte auf der Tagesordnung stehen, sondern auch die von den Gewerkschaften aufgeworfenen Fragen.

II.

Da diesmal der Zechenverband die Kündigung ausgesprochen hat und infolgedessen, stattdessen gesprochen, am Ausspielen ist, so trifft ihn auch die volle Beweislast für sein Vorhaben. Wir denken nicht daran, ihn von dieser Beweislast zu entbinden und wir werden auch nicht die Beweishebung weder in den Parteiverhandlungen noch vor dem Schlichter, der sich mit einer erstaunlichen Fixigkeit dieses Falles angenommen hat, irgendwie behindern, wie das die Unternehmer in den umgekehrten Fällen bisher stets getan haben. Zu erinnern ist daran, daß bei der vorigen Lohnbewegung im Frühjahr 1929 die Unternehmer eine Untersuchung der Selbstkostenlage durch den dafür zuständigen Reichskohlenrat glatt abgelehnt haben. Reichsbestoweniger ist jetzt schon auf einige Tatsachen hin-

zuweisen, die vermutlich in den Verhandlungen eine Rolle spielen werden.

Wie steht es mit den Löhnen,

denen jetzt die Unternehmer zu Leibe gehen wollen? Der Barverdienst im Durchschnitt der Gesamtbelegschaft hat 1929 8,92 M. betragen, im Monatsdurchschnitt des ersten Halbjahres 1930 8,99 M. Eine irgendwie nennenswerte Veränderung des Barverdienstes je Schicht ist also nicht eingetreten. Gleichwohl aber haben sich die Einkommensverhältnisse bedeutend verschlechtert, da infolge der vielen Feiertage ein ganz beträchtlicher Lohnausfall entstanden ist. Wurden im Jahre 1929 rund 23 Schichten im Monat von einem angelegten Arbeiter verfahren, so ist diese Zahl jetzt auf 20 Schichten je Monat gesunken. Das ist rein rechnerisch bereits eine Einkommensverminderung von 13 Prozent im Durchschnitt. In Einzelfällen ist die Einkommensverminderung noch viel schwerwiegender, da doch die Feiertage nicht alle Belegschaftsmitglieder gleichmäßig treffen. Es gibt zahlreiche Fälle, wo ein Bergarbeiter 8 Feiertage im Monat hat. Da jede Feiertage dem Arbeiter etwa 4 1/2 Prozent des Monats-einkommens wegnimmt, bedeutet das einen Verdienstaustausch von rund 35 Prozent. Bedenkt man ferner, daß die sozialen Abgaben und der sonstige feste Aufwand, z. B. Miete, den Bergarbeiter um so schwerer treffen, je geringer der Einkommensrest ist, aus dem er das zu bestreiten hat, so bedarf es keiner weiteren statistischen Nachweise, daß ein Lohnabbau absolut undiskutabel ist.

Schon bei einem guten Beschäftigungsgrade ist das auf Grund des gegenwärtigen Lohnstandes erzielbare

Bergarbeitereinkommen mangelhaft.

Das Statistische Reichsamt hat kürzlich eine Haushaltserhebung durchgeführt, die uns bewogen hat, eine nach den gleichen Methoden aufgebaute Untersuchung für die Bergarbeiterhaushalte durchzuführen. Wir haben auf diese Weise sehr wertvolle Einblicke in die Haushaltsführung der Bergarbeiterfamilien gewonnen und sind dadurch in den Stand gesetzt worden, Vergleiche mit dem Reichsdurchschnitt anzustellen.

Dabei ergab sich zunächst einmal die überraschende Tatsache, daß selbst im dem Jahre der guten Beschäftigung 1929 das Einkommen der Bergarbeiterfamilien ohne eine einzige Feiertage hinter dem vom Statistischen Reichsamt ermittelten durchschnittlichen Arbeitereinkommen in Deutschland um 11,2 Prozent zurückbleibt.

Die Auswirkungen dieses Mindereinkommens zeigen sich dann auch bei den Verbrauchszahlen mit einer erschreckenden Deutlichkeit. So ist beispielsweise der Frisch-Fleischverbrauch der Bergarbeiterfamilien durchweg niedriger als im Reichsdurchschnitt. Je Wollperson wurden im Reich im Monat 500 Gramm Rindfleisch verbraucht, in der Bergarbeiterfamilie nur 450 Gramm; an Schweinefleisch im Reich 700 Gr., in der Bergarbeiterfamilie nur 500 Gramm; an Kalbfleisch im Reich 100 Gramm, in der Bergarbeiterfamilie nur 20 Gramm. Dafür aber ist der

Pferdefleischverbrauch in der Bergarbeiterfamilie

siebenmal größer als im Reichsdurchschnitt. Auch der Milchverbrauch der Bergarbeiter bleibt hinter dem Reichsdurchschnitt um 32,7 Prozent zurück. Geringer ist auch der Butterverbrauch der Bergarbeiterfamilien, dafür übersteigt der Margarineverbrauch den Reichsdurchschnitt um 46,7 Prozent. Die Bergarbeiterfamilie verbraucht mehr Roggen- und Schwarzbrot als die Arbeiterfamilie im Reichsdurchschnitt. Auf der anderen Seite ist jedoch ihr Weißbrotverbrauch geringer; ebenso der Verbrauch an sonstigem Backwert. Selbst der Zuckerverbrauch bleibt in den Bergarbeiterhaushalten um 29,6 Prozent gegenüber dem Reich zurück.

Wie wenig die Weisheit Wilhelm Buschs: „Wer Sorgen hat, hat auch Litz“ auf die Bergarbeiterfamilien zutrifft, weist der Verbrauch an alkoholischen Getränken aus, der im Reichsdurchschnitt mit 2,30 M. im Monat, für die Bergarbeiterfamilien dagegen bloß mit 1,32 M., also 42,7 Prozent weniger, ausgewiesen wird.

Was kann unter diesen Umständen noch an Kulturausgaben je Haushaltung übrig bleiben? Kärge Pfenninge, viel weniger als im Reichsdurchschnitt. Man darf daraus nicht schließen, daß der Bildungshunger, das Bildungs- und Erholungsbedürfnis der Bergarbeiter etwa geringer ist als der sonstigen Arbeiter, sondern daß ihnen die Mittel zur Befriedigung dieses Bedürfnisses einfach fehlen. Geradezu himmelstreichend ist es, daß die Bergarbeiterfamilien

selbst in Zeiten guter Beschäftigung keinen Notgroschen

zurücklegen konnten, sondern im Gegenteil noch Schulden gemacht haben. Die Verschuldung je Bergarbeiterhaushaltung im Jahr beträgt 56,40 M. durchschnittlich, im Reich dagegen nur rund 30 M. Die Ersparnisse je Bergarbeiterhaushaltung haben wir gegenüber dem Reichsdurchschnitt von 42,65 M. im Jahr

mit 6,12 M. im Jahr ermittelt. Diesen 6,12 M. stehen aber 9,07 M. Abhebungen von der Sparkasse gegenüber, so daß keinerlei Ersparniszuwachs, im Gegenteil noch eine Ersparnisverminderung eingetreten ist. Im Reich hingegen ist ein echter Sparzugang von 16,36 M. je Haushaltung vorhanden.

Diese Proben, deren wissenschaftliche Exaktheit verbürgt ist — wir werden die Ergebnisse unserer Bergarbeiterhaushalts-erhebung in einer demnächst erscheinenden Studie veröffentlichen — machen doch die Situation vollkommen klar. Im Bergarbeiter-einkommen ist keinerlei Spielraum für Lohnverminderungen vorhanden. Im Gegenteil werden bei der Neuregelung des Lohntarifes diese nachweisbaren Verhältnisse ihre Berücksichtigung finden müssen, und zwar nicht nur aus sozialen Erwägungen, sondern aus eminent wirtschaftlichen Überlegungen. Die Leistungsfähigkeit und die Leistungswilligkeit der Bergarbeiter sind die Grundlagen der Bergbauproduktion. Diese Grundlagen sind heute schon gefährdet und bedürfen einer Kräftigung, wenn nicht eines Tages die durch das überhekte Betriebstempo völlig ausgepumpte Arbeitskraft der Bergarbeiter so fühlbar versagen soll, daß daraus sich die allerjüngsten sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen ergeben können. Wenn wir also in der vorigen Nummer unserer Zeitung bereits Lohnforderungen in Aussicht gestellt haben, so ist das etwa kein kleinlicher Schachzug, um der Lohnabbauforderung der Unternehmer zu begegnen, sondern das Ergebnis einer sehr ersten Überlegung, an der kein Zechenverband, kein Schlichter und kein Reichsarbeitsminister vorbeikommen darf. Uns ist Lohnpolitik kein Spiel mit Witzelzügen. Wir verteidigen damit den wichtigsten Wirtschaftswert unserer Nation, die deutsche Arbeitskraft, deren Schutz uns bei dieser Reichsregierung nicht gewährleistet erscheint.

III.

Demgegenüber verblaffen alle sonstigen Argumente, die die Unternehmer bisher durch eine ihnen ergebene Presse verlautbaren ließen. Ihnen wohnte von vornherein keine genügende Ueberzeugungskraft inne. Weder ist

die augenblickliche Selbstkostenlage

so gestaltet, daß daraus die Begründung einer Lohnsenkung hergeleitet werden könnte, noch sind die Erlöse in einem Umfange zurückgegangen, der das Verhältnis dieser beiden Wirtschaftsgrößen zueinander in ungünstiger Weise beeinflusst hätte. Der Kohlenbergbau hat es verstanden, auch bei gedrosselter Produktion seine Erlöse zu halten. Wir haben nicht die Absicht, der in Aussicht gestellten Selbstkostenerörterung, die doch hoffentlich von dem Unternehmer nicht mit allgemeinen Redensarten, sondern mit beweiskräftigen Zahlenunterlagen eingeleitet werden wird, durch von uns angeleitete Berechnungen vorzugreifen. Die Unternehmer werden nachzuweisen haben, wie der gestiegene Leistungseffekt sich auf die Lohnkosten, die Materialkosten und die sonstigen Unkosten ausgewirkt hat, sie werden sich darüber zu äußern haben, welchen Einfluß das Sinken der Materialpreise und einige sonstige Kostenelemente, wozu auch die sozialen Beiträge gehören, ausgeübt haben, ferner in welchem Ausmaße die erhöhten Gewinne aus der Nebenproduktion die Wirtschaftsrechnung des Bergbaues verbessert haben, weiter wie die niedrigeren Wiederbeschaffungspreise in der Abschreibungskalkulation ihren Ausdruck finden und wie endlich die Erlöse, einschließlich der höheren Handelsgewinne, sowohl insgesamt als auch aufgeteilt auf den bestrittenen und unbestrittenen Absatz sich gestaltet haben, unter Berücksichtigung der Wirtschaftserträge des vergangenen Jahres. Wir werden die Unterlagen darüber sachlich und gewissenhaft prüfen und dafür Sorge tragen, daß die von den Unternehmern gewünschte Selbstkostenausprache nicht in Allgemeinheiten und Unbestimmtheiten verhandelt. Aus diesem Grunde nehmen wir davon Abstand, das Ergebnis unserer Überlegungen vorweg zu nehmen, aber das eine wollen wir doch schon zum Ausdruck bringen, daß die Unternehmer

eine Spanne von mehreren Reichsmark

durch ihre Nachweisungen überbrücken müßten, um zu dem Punkte zu gelangen, wo der Lohnanteil mit in die Selbstkostendiskussion einzubeziehen wäre. Wir zweifeln daran, daß ihnen das gelingen wird.

Um keine Unklarheiten bestehen zu lassen, wollen wir auch das noch sagen, daß die Kohlenpreisfrage nicht Gegenstand der Besprechungen zwischen dem Zechenverband und den Bergarbeitergewerkschaften sein kann. Die Kohlenpreisfrage gehört zur Zuständigkeit der gesetzlichen Kohlenwirtschaftsorgane. Wir können uns nicht vorstellen, daß ein Schlichter oder selbst ein Reichsarbeitsminister über diese gesetzliche Zuständigkeit sich hinwegsetzen könnte. Ein Dreifachen von leerem Stroh — und die ganze Preisabbauerei der letzten Zeit verdient keine andere Bezeichnung — kann man den Gewerkschaften doch nicht schon deshalb zumuten, weil die Unternehmer damit beabsichtigen, sich die ihnen obliegende Beweislast für den geplanten Lohnabbau zu erleichtern.

Und noch eins muß gesagt werden, daß, nachdem durch die von den Unternehmern erfolgte Kündigung die Schaffung eines neuen Lohntarifes erforderlich geworden ist, es keine kurzfristigen Vertagungen geben darf, wie sie vielleicht von manchen Seiten aus wahlaktiven Gründen gern gesehen werden. Hier steht mehr auf dem Spiel und die Bergarbeiter werden klare Stellungnahmen und klare Forderungen verlangen.

Der „Bergnappe“ auf dem Kriegspfad.

Es ist eine verrückte Welt! Da rennen die Unternehmer jeder politischen Färbung gemeinsam gegen die Arbeiter, ihre Lebenshaltung, ihren Lohn und sozialen Schutz an. Und die Arbeitnehmer laufen Parteien nach, die direkt und indirekt diese Unternehmerpolitik unterstützen! Bei den Nazis liegt diese Unterstützung auf der Hand, ihre „sozialistischen“ Phrasen sind plumpe Lügen. Wäre es anders, wie sollten Unternehmer dazu kommen, diese Bewegung mit riesenhaften Geldsummen zu unterstützen? Unter den Kommunisten gibt es sicher viele Proletarier, die ehrlich überzeugt sind, daß ihre Politik richtig ist. Sie werden aber nicht bestreiten, daß wir Millionen Gewerkschafter mehr hätten, daß die Sozialdemokratische Partei im Reichstag eine unerlöschliche Machtstellung hätte, wenn die Spaltung der sozialistischen Arbeiterschaft nicht gekommen wäre.

Der Beschluß der freien Gewerkschaften, bei dieser Wahl offen, mit Nachdruck, mit allen Kräften für die Sozialdemokratie einzutreten, ist eine ganz natürliche Folge der Politik der Brüning-Regierung, die sich trotz aller schönen Worte brutal gegen die Arbeitnehmer auswirkt.

Es ist natürlich, daß die christlichen Gewerkschaften, die im Gros ihrer Mitglieder immer dem Zentrum nahestanden, die im Reichstanzler und in Siegerwald Vertreter ihrer Richtung im Kabinett haben, sich von der Kampfanzeige der freien Gewerkschaften mit getroffen fühlen. Wir können es nicht ändern und denken nicht daran, aus irgendwelchen Rücksichten auf das Ausprechen notwendiger Wahrheit zu verzichten.

Es handelt sich darum, daß die auch vor der Reichstagsauflösung in enger Verbindung mit den freigewerkschaftlichen Spitzenverbänden arbeitende Sozialdemokratie sich nicht vor der Verantwortung gedrückt hat, sondern daß sie in ihren Richtlinien ein Wirtschafts-, Finanz- und Sozialprogramm vorlegte, das Staatsanleihe, Wirtschaftsaufstieg, Sicherung der Sozialfürsorge ermöglichte. Jede ernsthafte Verhandlung darüber wurde abgelehnt. Brüning wollte mit Parteien rechts vom Zentrum regieren!

Der „Bergnappe“ befaßt sich in Nr. 34 mit der Wahl in einem Leitartikel mit der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften auf einer besonderen ganzen Seite. Er unterstreicht die Bedeutung, die Wirtschaftspolitik, Handelspolitik, Preispolitik, Lohnpolitik, Sozialpolitik, Wohnpolitik usw. für die Arbeiter haben.

Die rechts vom Zentrum stehenden Parteien, Volkspartei, Wirtschaftspartei, Volkskonservative usw. sind in all diesen Fragen klar und deutlich reaktionär, gegen die Arbeiterinteressen eingestellt! Mit ihnen hat aber das Zentrum in den letzten Monaten Steuer-, Zoll- und Sozialraub gemacht! Vor der Reichstagsauflösung, besonders im Vorjahr bei der Arbeitslosenversicherung, kam das Zentrum zu Kompromissen mit der Sozialdemokratie, die solch schlimmen Sozialraub, wie wir ihn unter Brüning erlebten, abwehrten. Es ist deshalb falsch, wenn es im „Bergnappe“ heißt:

„Die Sozialdemokratie hat noch in den letzten Jahren, wo sie im früheren Reichskabinett von Hermann Müller maßgebenden Einfluß hatte, den Beweis erbracht, daß sie unfähig ist, durch eine positiv gerichtete Politik das wirkliche Wohl von Volk und Staat zu fördern.“

Zunächst hatte die Sozialdemokratie nicht den „maßgebenden Einfluß“, den man ihr wünschen möchte, von elf Ministern hatte sie nur vier! Diese Minderheit hat aber im Kabinett Müller viel für die breiten Volksmassen getan!

Sie vereitelte das Bemühen der Volkspartei, 280 Millionen Mark bei der Arbeitslosenversicherung abzubauen, sie drückte den eigentlichen Abbau, der auch nach den Zentrumsanträgen Kieflinger-Zeusch noch 80, dann 45 und schließlich 11 Millionen Mark betragen sollte, herab, sie erreichte, daß grundsätzlicher Leistungsabbau nicht vorgenommen wurde. Sie erreichte Verzicht des Zentrums auf die Anträge, die einen Abbau der Unterstützungen vorsehen,

von 22,05 M. auf 15,75 M.
„ 25,20 „ „ 18,90 „
„ 28,35 „ „ 22,05 „
„ 31,50 „ „ 25,20 „
„ 34,65 „ „ 28,75 „
„ 37,80 „ „ 31,50 „

Unter der Regierung Brüning wurde dieser Abbau glatt vollzogen und muß nun aus Paradedisziplin von den christlichen Gewerkschaften verteidigt werden!

100 bis 120 Millionen Mark sind jetzt bei der Arbeitslosenversicherung auf Kosten der Arbeitslosen „eingespart“ und darüber hinaus 350 bis 400 Millionen Mark bei der Krankenversicherung!

Weil die Sozialdemokratie in vollem Einverständnis mit den freien Gewerkschaften das nicht mitmachen konnte, deshalb behauptet man jetzt, die Sozialdemokraten hätten sich „vor der Verantwortung gedrückt“!

Die Spezialseite des „Bergnappe“ gegen die Sozialdemokratie ist so ärmlich, daß sich kaum eine Beschäftigung mit ihr lohnt. Da wird das Eintreten der Gewerkschaften für die Sozialdemokratie festgestellt, den Beschluß unserer Gewerkschaftsangehörigen in Rheinland-Westfalen, 10 Prozent ihres Gehalts an die Wahlkasse der Sozialdemokratischen Partei abzuführen usw.

Recht so! Dieser Kampf geht um das eigentliche Tätigkeitsgebiet unserer Gewerkschaften, damit auch ihr Leben und Streben um Existenzfähigkeit oder Nicht! Jede Unterstützung durch rege Mitarbeit und Geldopfer ist deshalb selbstverständlich!

Der „Bergnappe“ zitiert den Sozialdemokraten Kampfmeyer, der schrieb:

„Die Opposition der arbeitenden Klasse darf eben in einem demokratischen Staat nie so weit getrieben werden, daß ein Regieren unmöglich ist. Der Staat, der nicht mehr regieren kann, verfällt der völligen Ohnmacht, die dem Tode vorangeht.“

Der Zitiertkünstler im „Bergnappe“ will mit diesem Zitat den Eindruck hervorrufen, als ob Kampfmeyer diese Worte gegen die Sozialdemokratie geschrieben hätte oder daß man sie meistens gegen die Sozialdemokratie und ihre jüngste Politik benutzen könnte. Diese Re-

thode kann nicht scharf genug gekennzeichnet werden.

Kampfmeyer schrieb diese Worte nicht gegen die deutsche Sozialdemokratie,

sondern er schrieb sie im Anschluß an eine Schilderung aus Oesterreich, wo die Sozialdemokraten durch ihr Kompromiß in Fragen der Mietregelung und der gemäßigten Verfassungsreform den Bürgerkrieg abbogen. Kampfmeyer lobt in den zitierten Worten eine solche Politik, die den Kompromiß der vollendeten Anarchie vorzieht.

Ist es christlich, das umzudeuten in eine Verurteilung der deutschen Sozialdemokraten?

Die Antwort überlassen wir jedem christlich denkenden Bergmann! Kampfmeyer zählt die Programmpunkte der Sozialdemokratie zur Regelung des Wirtschaftslebens auf und sagt, daß 90 Prozent des geistig und körperlich schaffenden deutschen Volkes an der Durchführung dieser sozialdemokratischen wirtschaftspolitischen Programmpunkte ein Lebensinteresse haben. Nein, mein lieber Zitatkünstler, dieser Kampfmeyer ist

kein Kronzeuge für dich und deine Brüningfreunde, sondern für uns, gegen die Brüningpolitik!

Im knappschäftlichen Teil sucht der „Bergnappe“ die Verschlechterungen in der Krankenversicherung als ziemlich geringfügig hinzustellen. Die Entlastung der Ruhrknappschäft durch die 50 Pf. je Krankenschein und je Rezept schätzt er auf 1,2 Millionen Mark. Das ist natürlich viel zu gering geschätzt. Aber

diese „Reform“ bedeutet einen brutalen Angriff auf die Volksgeundheit

und sie wurde unnötigerweise und verfassungswidrig vom Kabinett Brüning gemacht! Man könnte noch darüber streiten, ob ein Notstand wirtschaftlicher und finanzieller Art drohte, der die Notverordnungen in bezug auf Steuern und Arbeitslosenversicherung rechtfertigen könnte.

Zur Verschlechterung der Krankenversicherung durch Notverordnung lag sicherlich kein Zwang und erst recht kein verfassungsmäßiges Recht vor!

Kameraden! Macht dieses jedem Bergmann begreiflich, damit er am 14. September seine Stimme gebe der

Liste 1, Sozialdemokraten!

Unternehmerfront gegen Arbeiterschaft.

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat mit einem Rundschreiben an seine Mitglieder in den Wahlkampf eingegriffen. Es heißt darin, daß durch die Verschleppung notwendiger Reformen das Vertrauen in die Wirtschaft und daß deshalb eine arbeitsfähige und reformwillige Regierung auf breiter Grundlage erforderlich sei. Der Reichsverband richtet an seine Mitglieder die ernste Mahnung, zu der Sammlung der aufbauenden Kräfte mit allen Kräften und Mitteln beizutragen.

Reform im Sinne der Unternehmer heißt Abbau der Löhne, Abbau der Sozialfürsorge! Dafür sollen die Unternehmer alle Kräfte und Millionen von Wahlgebern zur Verfügung stellen! Aktiv sollen sich die Mitglieder an der Vorbereitung der Wahlen zur Verfügung stellen. Das heißt: Geld heraus für Volksverdummung, für Millionen von Unternehmerflugblättern, für Lintenkulidienste der bürgerlichen Presse, die man offen oder durch Flugblattdruck und Inseratenzumenutzung versteckt bezahlt!

Die Stimmen sollen nur solchen Parteien zugewandt werden, die auf dem Boden der Verfassung stehen und die unzweideutig für die Erhaltung und Entwicklung der Privatwirtschaft eintreten.

Das bedeutet Kampf für Monopolherrschaft, Ausschaltung des Staatseinflusses auf das Wirtschaftsleben, Kampf gegen die Gemeinwirtschaft!

Was sonst in dem Rundschreiben noch gesagt wird vom „Wohl des Volksganzen und des Staates“, sind leere Floskeln.

„Wohl des Volksganzen“ ist unvereinbar mit Unternehmerpolitik, auch wenn sie sich auf den Boden der Verfassung stellt. Wenn die Verfassung mit unssozialem statt mit sozialem Inhalt erfüllt wird, können es die Unternehmer auch in einer Republik sehr wohl aushalten. Dem armen Volk muß es darauf ankommen, eine Politik zu erreichen, die seinem Interesse dient. 90 Prozent des deutschen Volkes verdienen nach den Untersuchungen des Instituts für Konjunkturforschung 1927 den unteren Lohn des Instituts für Konjunkturforschung 1927 den unteren Lohn 1800 M. (Vorkriegsmerk) im Jahr!

Aber wieviel arme Leute lassen sich von den Unternehmerparteien und -blättern belügen und betrügen und geben in un-

greiflich zu machen versucht, daß es ihnen wohlgeht auf Erden, wenn sie dem Mischmasch bürgerlicher Reaktionäre von Staatspartei bis Konservativen ihre Stimme geben. Daneben wird natürlich auch eine Menge Braunkohlengeld übrig sein für die Deutschnationalen, die Herr Leopold vertitt, der immer böser Reaktionär war,

dessen Partei noch in den Tagen des Bergwerksunglücks von Neurode im Reichstag einen Antrag auf Verschlechterung des Knappschäftsgegesetzes einbrachte!

Herr Fischer, Präsident des Hansabundes, der seit Jahren einen Abbau der Sozialversicherung um eine Milliarde Mark fordert, ist eine besonders „feine“ Nummer von Demokrat. Der Mann gehört folgenden Ausschüßräten an, die ihm wer weiß wieviele Hunderttausende Mark im Jahr einbringen. Er ist

Vorsitzender des Aufsichtsrats:

1. Agema AG für elektromedizinische Apparate vorm. Louis & Loewenstein, Berlin N. 24, Ziegelstraße 28-29;
2. Kamerun-Eisenbahn-Gesellschaft, Berlin;
3. Lübecker Flenderwerke AG, Lübeck;
4. Vereinigte Blei- und Zinnwerke GmbH, Köln;
5. Deutsche Niles-Werke AG, Berlin.

Stellvertretender

Vorsitzender des Aufsichtsrats:

6. Finanzierungsgesellschaft f. Landkraftmaschinen AG, Berlin;
7. Rammgarnspinnerei Düsseldorf, Düsseldorf;
8. Moselbahn AG, Trier;
9. Stoc, Motorflug-AG, Berlin;
10. Westdeutsche Eisenbahn-Gesellschaft, Köln;
11. J. Windler AG, Berlin;
12. Vereinigte Kleinbahnen-AG, Köln;

Mitglied des Aufsichtsrats:

13. Adler-AG für Eisen- und Eisenbearbeitung, Düsseldorf;
14. Adler-Kaliwerke AG, Oberröblingen (Bezirk Halle);
15. AG für Industrie-Organisation und -Verwaltung, Berlin;
16. AG für Verkehrswesen, Berlin;
17. Allgemeine Baugesellschaft Benz & Co., Kolonialges., Berlin;
18. Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, Berlin;
19. Aquila, AG für Handels- und Industrieunternehmungen, Frankfurt a. M.;
20. Badische Lokalbahn-Eisenbahnen AG, Karlsruhe;
21. Bahnbedarf-AG, Darmstadt;
22. Bergwerksgesellschaft Hopye mbH, Oberröblingen b. Halle;
23. Bergwerksgesellschaft Trier mbH, Hamm i. W.;
24. Braunschweig-Schöninger Eisenbahn-AG, Braunschweig;
25. Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Berlin;
26. Deutsche Industriereinigung für den Osten GmbH, Berlin;
27. Eisen- und Stahlwerk Hoesch AG, Dortmund;
28. Finanzierungsgesellschaft für Industrielieferungen AG, Berlin;
29. Gasmotorenfabrik Deutz, Köln-Deutz;
30. Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft AG, Essen;
31. Halleische Salzwerke AG, Schlettau bei Halle a. S.;
32. Illerwerte Aktiengesellschaft, München;
33. Kalker Maschinenfabrik AG, Köln-Kalk;
34. Kaliwerke Adolfs-Glad, Oberröblingen bei Halle;
35. Köln-Neueffener Bergwerksverein, Altenessen bei Essen;
36. Kölner Verlagsanstalt und Druckerei AG, Köln;
37. A. F. Malchow AG, Staßfurt-Leopoldshall;
38. Maschinenbauanstalt Humboldt, Köln-Kalk;
39. Mittel-Turgaubahn, Weinfelden;
40. Ochersleben-Schöninger Eisenbahngesellschaft, Ochersleben;
41. Rinteln-Stadthager Eisenbahngesellschaft, Rinteln;
42. Rosiger Zucker-Raffinerie, Rositz;
43. Rütgerswerke AG, Berlin;
44. Sauerbrey Maschinenfabrik AG, Staßfurt;
45. Carl-Spaeter-und-Wilhelm-Oswald-Unternehmungen AG, Glarus;
46. M. Sperling, Getreide-AG, Berlin;
47. Tiefbau- und Kälteindustrie-AG, vorm. Gebhardt & König, Nordhausen;
48. Vereinigte Stahlwerke von der Zypen und Wißener Eisenhütten AG, Köln-Deutz;
49. Weingart-Kaufmann-Landsberg Getreide-AG, Berlin;
50. Wieham, Rotterdam;
51. Württembergische Nebenbahnen AG, Stuttgart.

Braunkohlenbergleute, könnt ihr glauben, daß solche Leute, solche Parteien euch und eure Interessen im Reichstag vertreten können?

Ob Leopold, ob Hansabund, Sie bringen euch nur auf den Hund! Sie bringen ihre Seide, Jagt sie zum Teufel beide!

Die wichtigste Wahlarbeit

Ist es, alle Veröffentlichungen der Sozialdemokratischen Partei gegen die Brüning-Politik an die Kreise der Männer und Frauen heranzubringen, denen bisher, weil sie bürgerliche Blätter lesen, Tag für Tag der Buckel vollgelogen wurde über die „jenseitige“ Arbeit des Bürgerblods.

Beteiligung an Flugblattverbreitungen

der Sozialdemokratischen Partei ist das beste Mittel, diesem Gift entgegenzuwirken und vorzubereiten einen vernichtenden Schlag gegen den Bürgerblod!

vergleichlicher Dummheit am Wahltag kapitalistischen Parteien ihre Stimme!

Ein geschlossener Bloß von Wirtschafts- und Sozialreaktionären steht in dieser Wahl der Partei des armen Volkes gegenüber! Wie weit die Zusammenschließung dieser Kräfte geht, zeigt ein Bericht aus Mitteldeutschland. Dort hat man den Demokraten Georg Bernhard abgesetzt und der Auch-Demokrat und vielfacher Inhaber von Aufsichtsratsposten Hermann Fischer bleibt. Ein Bündnis von der Staatspartei bis zu den Konservativen ist dort geschlossen unter Führung der Arbeitsgemeinschaft der niederläufigen Wirtschaft. Das bedeutet, daß

Braunkohlenmillionen, erschüttert von armen Braunkohlenbergleuten, für die Wahl von Reaktionären zur Verfügung stehen. Unseren Kumpels im dortigen Bezirk wird durch Hunderte von Zeitungsausschnitten, Hunderttausende und Millionen von Flugblättern, mit Braunkohlengeld bezahlt, be-

Christliche Gewerkschaften und Wahlkampf.

Die freigewerkschaftlichen Verbände sowie der Bundesvorstand des ADGB. fordern bekanntlich zur Wahl und Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei auf. Die maßgebenden Beweggründe für diese parteipolitische Unterstützung gehen aus den Artikeln und Aufrufen klar hervor. So entschlossen wie die freien Gewerkschaften im Kampfe gegen die Diktatur ankämpften, genau so zielbewußt kämpfen sie jetzt gegen den Raub und die Vergewaltigung der Volksrechte durch die Bürgerblockregierung. Die freien Gewerkschaften, als Treuhänder von 5 Millionen Arbeitern, können und wollen es nicht verantworten, daß man auf dem Wege der Diktatur durch

neue Massensteuern, durch Abbau der Sozialversicherung und durch arbeiterfeindliche Sozialpolitik

die Not der schaffenden Bevölkerung ungeheuer steigert, während man die Besitzenden schont. Im Interesse der staatsbürgerlichen Freiheit und sozialen Gerechtigkeit wenden sie sich deshalb gegen die Diktatur von rechts, gegen Reaktion in der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die freien Gewerkschaften würden aber auch eine unverantwortliche Haltung einnehmen, wollten sie willenlos zusehen, daß Nationalsozialisten und Kommunisten in törichter Verblendung aus unserem demokratischen Staatswesen einen Trümmerhaufen machen.

Der Aufstieg der Arbeiterklasse ist aufs engste mit der unter schweren Opfern errungenen Republik verbunden

und darf nicht durch verantwortungslose, extreme Quertreiber in Frage gestellt werden. Es geht also ums Ganze, um das Zukunftschicksal der deutschen Arbeiterklasse, deren stärkstes politisches Fundament die Sozialdemokratische Partei ist.

Man sollte nun meinen, daß man auch in christlichen Gewerkschaftskreisen einen Blick für die schwierige und entscheidende Situation hat. Doch weit gefehlt! Anstatt die schwere Schicksalsstunde der deutschen Arbeiterklasse und die reaktionäre Gefahr zu erkennen, findet man dort einen zweifelhaften Spaß an einem kleinlichen und unehrlichen Bruderkampf. Nicht nur spaltenlange, sondern ganze Seiten umfassende Artikel in der christlichen Gewerkschaftspresse und in den ihnen nahestehenden Tageszeitungen berichten mit großer Genugtuung, daß die freien Gewerkschaften parteipolitisch nicht neutral

seien. Die christlichen Gewerkschaften beweisen dadurch wieder einmal, wie engherzig sie ihr Organisationsinteresse vertreten, und wie sehr sie dadurch das Arbeiterchicksal gefährden. Sie haben zwar auch einen Wahlaufsatz erlassen. In diesem Aufsatz nehmen sie für eine bestimmte Partei keine Stellung. Sie plädieren nur für den „Sieg der Vernunft“. Wahrscheinlich wollen sie damit ihre parteipolitische „Neutralität“ bekunden. Leider ist es mit dieser parteipolitischen „Neutralität“ nicht weit her. Denn wie gesagt, sie nehmen keine Stellung für eine Partei, wohl aber gegen eine, und zwar ausschließlich gegen die Sozialdemokratie.

Im ersten Abschnitt des Aufrufes heißt es z. B.: „Die Schuld trifft vor allem die Sozialdemokratie, die sich mit volks- und staatszerstörenden Elementen im Widerstand gegen die Regierung zusammenschloß.“

Im zweiten: „Eine falsche Politik der Vergangenheit, die nicht zuletzt von der Sozialdemokratie gestützt wurde, hat die Verwaltungslasten gewaltig anschwellen lassen.“

Im vierten: „Sozialer Fortschritt ist unmöglich, wenn die Grundlagen des wirtschaftlichen und staatlichen Lebens wanken. Ihre Gefundung erfordert Opfer von allen. Das ist auch der Arbeiterklasse bewußt. Dabei machen diese christlichen Gewerkschaften keinen Hehl daraus, daß ihnen nicht alle Maßnahmen der Reichsregierung gefallen. Sie sehen aber auch hier die Schuldpunkte der Sozialdemokratie.“

Im sechsten: „Die Mehrheit des Reichstages hat ihre Pflicht gegenüber Volk und Demokratie nicht erfüllt. Das gilt vor allem von der Sozialdemokratie als der stärksten Gruppe dieser Mehrheit. Die Sozialdemokratie stellte sich im Reiche mit antidemokratischen Gruppen gegen die Ordnung.“

Im ganzen betrachtet, ist der Aufruf der christlichen Gewerkschaften zum größten Teil eine Hege gegen die Sozialdemokratie. Trotzdem werden sie ihre parteipolitische „Neutralität“ noch oft rühmen und die freigewerkschaftlichen Sünder verdammten.

Mögen sie es tun! Nicht nur gegen Dummheit, sondern auch gegen Unehrlichkeit und Demagogie kämpfen selbst Götter vergebens. Wir aber kämpfen für ein freies, sozialistisches Deutschland und deshalb erst recht:

Alle Mann an Bord für die Sozialdemokratie!

Nachdem Schlattmann geendet hatte, stellte der Verteidiger Hochstrate die Frage, welche bergmännische Vorkenntnisse Schlattmann besitze. Man merkte offensichtlich die Regie. Sofort setzte Andree ein, um ein Gutachten über Schlattmanns Befähigung anzugeben. Wörtlich sagte er: „Schlattmann ist kein praktischer Bergmann, er beurteilt alles vom grünen Tisch aus, er ist ein fanatischer Bergpolizeimeister.“ Der Beklagte Eschenbruch machte Schlattmann den Vorwurf, daß er betriebsfremd sei. Es entwickelte sich eine scharfe Hin- und Widerrede, wobei Eschenbruch nochmals ausrief: „Sie verstehen nichts vom Betrieb!“

Das Urteil lautete, wie schon eingangs gesagt, auf 500 M. Geldstrafe für den Betriebsführer Eschenbruch, die beiden Steiger wurden freigesprochen. Die Verurteilung erfolgte auf Grund des § 124 Abs. 2, also wegen Stillsetzung eines Ventilators, ohne Genehmigung des Bergrevierbeamten. Von dieser Auffassung ausgehend, mußte das Gericht die beiden Steiger freisprechen, weil es ja nicht ihre Sache ist, diese Genehmigung nachzusehen und sie nicht zu wissen brauchen, ob eine Genehmigung eingeholt war oder nicht.

Das Unglück auf Minister Stein im Jahre 1925 ließ Vorgänge erkennen, denen man bis dahin keine Beachtung geschenkt hatte. Der Kamerad Schudy hat wohl als erster in unserer Funktionärzeitung „Verband und Wirtschaft“ Nr. 3 Jahrgang 1925, diese Feststellungen niedergelegt. Danach geschah, wenn eine Explosionswelle in eine Sackgasse hineinfließt, besondere Merkmale. Eine solche Sackgasse bildete auf der Wendel die Albertstrecke, die vorne bergpolizeilich abgedämmt war. In diese Strecke konnte die im Querschlag entstandene Schlagwetterexplosion hineinschlagen und hat es auch getan. In eine solche Sackgasse bringt zunächst die Explosionswelle hinein und drückt das darin befindliche Gemisch soweit zusammen, bis Druck und Gegenruck sich ausgleichen. Die Explosionsflamme macht jedoch an der Druck- und Gegenruckgrenze keinen Halt, sondern zuckt in das dahinterstehende komprimierte hochexplosive Gemisch von zusammengedrückter Luft und aufgewehtem Kohlenstaub hinein. In der Albertstrecke auf der Wendel kamen noch erhebliche Mengen Schlagwetter hinzu. Die nun folgende Explosion dieses zusammengebrängten Gemisches treibt mit fürchterlicher Gewalt aus der Sackgasse heraus. Die dabei erzeugte Hitze ist außerordentlich groß, und man findet gerade in solchen Sackgassen die meisten Kotsperlen, ja sogar ganz große Kotskrusten mit sichtlichem Zeichen dafür, daß diese Kotskrusten an den Stößen heruntergefallen sind. So war es auf der Wendel. Die aus der Sackstrecke herausschlagende Explosion hat den an sich schwachen Damm hinweggefegt. Sie verlor ihre Kraft erst beim Austritt aus der Strecke durch die große Entspannungsmöglichkeit nach beiden Seiten des Querschlages und der gegenüberliegenden Sohlenstrecke. Logischerweise ist auch der Rückschlag bei solchen Sackgassenexplosionen sehr groß und dieser zerstörte dann auch den vorhandenen Rest des Damms nach der entgegengesetzten Seite zu.

Bei Berücksichtigung dieses heute bereits allgemein bekannten Vorganges braucht man auch auf der Wendel nach irgendwelchen unbekanntem Ursachen nicht mehr zu suchen.

Das Urteil gegen den schuldigen Betriebsführer Eschenbruch ist mehr als gelinde. Die Bergbehörde kann sich auf dieses Urteil nicht beschränken. Ein Mann, der led und dreist vor Gericht sagt, daß es üblich gewesen sei, bestimmte Bergpolizeivorschriften nicht zu beachten, hat das Amt eines Betriebsführers verwirkt. Der Steiger Wibelhof wurde freigesprochen nach den Buchstaben des Gesetzes. Er ist aber bloßgestellt als ein Mann, dem man kein Menschenleben anvertrauen kann, der unfähig ist, weiter das Amt eines Steigers zu bekleiden.

Oberbergamtsdirektor Schlattmann ist der Bergpolizeidegerner für das Oberbergamt Dortmund. Er ist nicht unser Mann. Wiederholt hat er unsere Vorschläge auf Verschärfung der Vorschriften und bessere Überwachung der Betriebsorgane abgelehnt. Als wir eine bessere Kontrolle der Bergrevierbeamten forderten, verteidigte er sie mit allen Mitteln und erreichte, daß unsere Vorschläge unterdrückt wurden. Es geschieht ihm recht, wenn ihm jetzt vor Gericht bescheinigt wird, daß die Tätigkeit seiner Bergrevierbeamten zum Schindludertreiben mit der Bergbehörde den Stoff liefern, daß die Bergpolizei und ihre Verordnungen öffentlich verhöhnt werden. Das Oberbergamt hat hier eine Lektion bekommen, die zum Nachdenken veranlaßt.

Das müssen wir sagen: Schlattmann ist einer der tüchtigsten Bergschleute und ein Mann, der jedem gegenüber seine Ansicht offen vertritt. Er hat schnell Karriere gemacht und ist innerhalb zehn Jahren vom Bergassessor zum Oberbergamtsdirektor avanciert — infolge seiner Tüchtigkeit. Das hat ihm viel Feinde eingebracht. Weil man ihn fürchtet, arbeitet man hinterücks gegen ihn, besser gesagt, man klaut: „Bergbau-fremder“, „Bauernjunge“, „die neueste Wissenschaft kommt von Leuten (gemeint ist Schlattmann), die vom Bergbau nichts verstehen“ und so ähnlich. Wir sagen nichts Neues, weil das in Fachkreisen des Ruhrgebiets bekannt ist. An dieser Klatscherei beteiligen sich hohe und höchste Zechenbeamte — die niederen scheiden aus — und, wahrscheinlich aus Mißgunst, sogar Leute von der Bergbehörde.

Dieser Haß war es, der in der Gerichtsverhandlung vor dem Schöffengericht in Hamm unter Anleitung Andrees offen zum Ausbruch kam. Wir versagen es uns, auf die verschiedenen Eigenschaften Andrees einzugehen; wir müßten dann auch seine Neigung zur Schwachhaftigkeit berühren. Aber Andree ist doch kein Beliebigler, er ist offizieller Vertreter des Zechenverbandes in der Grubensicherheitskommission, deren Vorsitzender gefezmäßig der Oberbergamtsdirektor Schlattmann ist. Glaubte der Zechenverband, daß Andree nach seinem standalösen Auftreten noch weiter in der Grubensicherheitskommission wirksam und objektiv arbeiten kann?!

Wir haben noch nicht über alles berichtet. Als in dieser Gerichtsverhandlung das Sitzungsprotokoll der Grubensicherheitskommission zur Sprache kam, das für Herrn Andree nicht sehr günstig lautete, schrie er in den Saal hinein, daß er es künftighin ablehne, Protokolle der Grubensicherheitskommission mit zu unterschreiben. Der Zechenverband hat jetzt zu zeigen, ob er das schimpfliche Auftreten Andrees und die Lächerlichmachung der Bergpolizeivorschriften sich zu eigen macht. Das tut er, wenn er die Vorgänge widerspruchslos hinnimmt.

Ein besonderes Kapitel sind die Bergrevierämter. Wir erstreben eine Reichsberggesetzgebung und sprechen offen aus, daß mit einer Reichsberggesetzgebung das heutige System der Bergrevierbeamten eine Wenderung erfahren muß. Sie verfügen über Machtprivilegien, mit denen vielfach schlimmster Mißbrauch getrieben wird. Ausdrücklich bemerken wir noch, daß darunter nicht alle Bergrevierbeamten fallen, es gibt auch unter ihnen verantwortungsvolle Männer. Zugegeben, daß die besonders geschulten Beamten der Bergbehörde über ein größeres theoretisches Wissen verfügen als der gewöhnliche Bergmann. Die Theorie macht es aber nicht, wenn die Gemiffenhaftigkeit vernachlässigt wird. Dann schon lieber weniger Theorie und mehr Gemiffenhaftigkeit.

Schwere Angriffe gegen das Oberbergamt Dortmund durch Zechenvertreter in einer Gerichtsverhandlung.

(Schlußbericht.)

Der Sachverständige vom Dampfkesselüberwachungsverein sollte ausagen, ob der Motor die Schlagwetter entzündet haben könne. Das bejahte er, ließ aber jedoch noch andere Möglichkeiten offen. Viel konnte man aus seinen Aussagen nicht entnehmen. Er verstand auch nichts vom Bergbau.

Der Sachverständige der Versuchsstrecke in Derne, Bergassessor Lehmann (Dr. Beyling ist erkrankt), stellte sich auf den Standpunkt, daß die Explosion nicht in der Albertstrecke ihren Anfang nahm, sondern im Querschlag, und daß mit allergrößter Wahrscheinlichkeit der elektrische Seilbahnantriebsmotor die Schlagwetter entzündet habe.

Der Sachverständige, Bergassessor Schmidt, der auf der Zeche der Wendel als stellvertretender Direktor amtiert, suchte selbstverständlich den Ausgangspunkt der Explosion in der Albertstrecke. Die Entzündungsursache sucht er, wenn kein Brand vorliegt (und der lag nicht vor. Der Berichterst.), in Reifpunkten durch herabfallendes Gestein. Gewaltfamer kann man wirklich nicht gutachten.

Nunmehr trat der Bergwerksdirektor Andree auf. Er redete sehr lange über seine Lauterkeit und Ueberezeugungstreue und über seine Tätigkeit in diversen Kommissionen. Auch erzählte er von einer Unterredung mit dem Berghauptmann Haxfeld, um auch daraus Perlen für sich herauszufischen. (Da er langweilig wurde, mahnte ihn der Vorsitzende, zur Sache zu reden.) Auch auf seiner Zeche Rabob habe man früher die Stillsetzung des Ventilators der Bergbehörde gemäß § 124 nicht gemeldet. Er habe auch bei anderen Direktoren Umfrage gehalten und erfahren, daß es anderwärts bis in die jüngste Zeit auch so gehandhabt wurde.

Bei den Ausführungen Andrees gewann man den Eindruck, als bemühe er sich aufs alleräußerste, die Verfügung der Bergbehörde lächerlich zu machen. Höhnisch zeigte er die Bergpolizeiverordnung für den Oberbergamtsbezirk Dortmund und sagte: „Meine Herren, hierin stehen viele Bestimmungen, die nicht befolgt werden.“ Ferner machte er der Bergbehörde zum Vorwurf, daß sie doch den Motor abgenommen und sich überzeugt habe, daß er ungefährlich sei. (Darüber werden wir nachher noch etwas zu sagen haben. Der Berichterstatter.)

Der Sachverständige, Bergat Langemann aus Essen steht auf dem Standpunkt, daß jedesmal bei einer Stillsetzung des Ventilators, dem § 124 der Bergpolizeiverordnung entsprechend, um eine Genehmigung beim Bergrevieramt nachgeschickt werden müsse. In seinem Bergrevier, Essen II, werde das so gehandhabt. Es liege offensichtlich ein Verstoß gegen diese Bestimmung vor. Verschlimmert wurde die Sache durch die Stillsetzung des Kompressors, so daß auch die Sonderbewetterungen außer Betrieb gesetzt wurden.

Nunmehr wurde eine Pause eingelegt, um über den Antrag der Verteidigung, den Oberbergamtsdirektor Schlattmann wegen Befangenheit abzulehnen, zu beschließen. Vorher wurde noch festgestellt, daß der Beklagte Eschenbruch und Schlattmann sich schon seit 23 Jahren persönlich kannten. Der Eindruck war allgemein, daß die Aussprache zwischen den beiden auf dem Bergrevieramt als eine solche anzusehen sei, die zwischen zwei alten Bekannten, die hier als Prozeßgegner auftreten, in freundschaftlicher Weise geführt wurde. Auch wurde festgestellt, daß Eschenbruch nach dieser Unterredung im Beisein des Bergrevierbeamten erklärte, er fühle sich durch diese Aussprache nicht beeinflusst. Das Gericht kam zur Ablehnung des Antrags. Nunmehr ergriff der Oberbergamtsdirektor Schlattmann das Wort zu seinem Gutachten. Seine Ansicht näherte sich unserer eingangs beschriebenen Auffassung über die Entwicklung der Gasansammlung. Die Entzündung sei nach seiner Ansicht beim Stillsetzen des Motors erfolgt. Das sei aber eine Frage von nebensächlicher Bedeutung. Das Vergehen liege darin, daß man solche Gefahren überhaupt habe auftreten lassen. Nachdem man

widerrechtlich den Ventilator und dazu noch die Sonderbewetterung stillsetzte, mußte eine Gefahr entstehen, die jeden Augenblick zur Katastrophe führen konnte. Wir möchten hier einfügen, daß auf demselben Standpunkt auch die Gutachter Lehmann von der Versuchsstrecke in Derne und Langemann a n n itanden. Und kein gewissenhafter Bergmann wird eine andere Auffassung vertreten können, wenn er nicht aus größter Unkenntnis oder in gewaltsamer Verdrehung der Tatsachen andere Darstellungen geben will.

Als Schlattmann auf den ungeschützten Motor zu sprechen kam, bemerkte Andree, daß doch die Bergbehörde täglich daran vorbeigelaufen sei und nichts Gefährliches gefunden habe. Der ungeschützte Motor war tatsächlich vom Oberbergamt zugelassen. Man hörte aber auch aus der Verhandlung, daß der Antrag auf Zulassung die Gefahr nicht erkennen ließ. Das Oberbergamt mußte, nach der Form des Antrags zu schließen, der Meinung sein, daß der Motor im Frischstrom und nicht in einer besonders in der Firfte ausgeflossenen Kammer gestellt werden sollte. Das Oberbergamt mußte sich auf die Angaben des Oberbergrevierbeamten verlassen, der die Abnahme des Motors vorzunehmen hatte. Man gewann den Eindruck, als haben die Beamten des Bergrevieramts in dieser Angelegenheit sehr fahrlässig gehandelt. Für diese laze Behandlung der bergpolizeilichen Vorschriften bekamen sie vor Gericht durch Andree die Quittung: „Ihr habt es doch gewußt und habt es geduldet!“ Wir neigen sogar dazu, in diesem Falle Andree Glauben zu schenken.

Ferner jagt Schlattmann, daß am Montag, als er mit anderen Vertretern und auch mit dem Betriebsausschuß eine Befahrung vorgenommen habe, sich die Beteiligten vollkommen seiner Ansicht über die Schlagwetterentwicklung im Querschlag und die Entzündungsursache angeschlossen haben. Die Handlungsweise des Beklagten Eschenbruch sei um so verwerflicher, als ihm bekannt war, daß die von ihm geleitete Grube, hinsichtlich Schlagwetter die gefährlichste des Reviers sei. Pro Tonne Kohle lieferte die Grube 200 Kubikmeter zehnpromzentiges, also hochgefährliches Schlagwettergemisch. Im Ausziehstrom habe man 0,3 bis 0,89 Prozent Schlagwetter immerwährend gemessen. Das sind Mengen, die sich an der Grenze des Zulässigen bewegen.

Beim Vorbringen dieses Materials wurde die Partei der Beklagten sehr unruhig. Die Verteidigung versuchte Schlattmann zu hindern mit der Bemerkung, daß sie hier mit Zahlenmaterial überfallen werde.

Bergbauindustriearbeiter!

Versichert euch bei der

Volksfürsorge

Gewerkschaftl.-Genossenschaftliche Versicherungs-VG.

Bei dem Massenunglück in Hausdorf zahlten wir an die Hinterbliebenen von sechzig Kameraden die Versicherungssumme von 53000 RM. aus.

Weitere Auskunft erteilen die bekannten Vertrauensleute an allen Orten.



Woher kommen die Halben an der Ruhr?

Die wachsenden Halbenbestände im Ruhrbergbau werden von den Unternehmern immer als weithin sichtbare Kennzeichen des zurückgehenden Absatzes hingestellt, ohne daß dabei die daneben wirklichen Ursachen der Halbenhäufung erwähnt werden. Mitunter wird sogar gesagt, daß in den Halbenbeständen das soziale Verantwortungsfühl der Unternehmer sich ausdrückt, die mit der Vorratsproduktion den Bergarbeitern Brot und Arbeit erhalten möchten. Diese letztere Behauptung wird durch die große Zahl der Feierschichten und Entlassungen und namentlich durch die Rückwärtslosigkeit mit der diese Maßnahmen durchgeführt werden, stark widerlegt.

Tatsächlich ist die Vermehrung der Halbenbestände auf eine ganz

unsinnige Quotenspekulation

zurückzuführen, die im Hinblick auf die Erneuerung des Rheinisch-Westfälischen Kohlsyndikats von den Großkonzernen unternommen worden ist. Die gleiche Erscheinung hat man bisher bei jeder Syndikatserneuerung beobachten können. Um beim Vertragschluß höhere Syndikatsquote zu erhalten, ist die Förderung ohne Rücksicht auf die vorhandenen Absatzmöglichkeiten hinaus gesteigert und auf Halbe gelegt worden. So ist es gekommen, daß man schon mit etwa 3 Mill. To. auf Kohle umgerechneten Beständen in das neue Jahr hineingegangen ist, die sich dann in den ersten Monaten 1930 rasch vermehrt haben. Den größten Zuwachs hat das erste Vierteljahr zu verzeichnen, wo die Syndikatsverhandlungen noch in vollem Gange waren, und zwar hat bezeichnenderweise der letzte Monat des alten Syndikats, nämlich der März, mit 978 000 To. den Rekordzuwachs aufzuweisen. Diese Zahl ist dann im Juni 1930 auf 316 000 To. zurückgegangen. Aus dieser Entwicklung läßt sich klar erkennen, welchen unheilvollen Einfluß der Quotenhang auf die Halbenbildung ausgeübt hat.

Außerdem werden zu durchsichtigen Zwecken die Halbenbestände durchweg übertrieben angegeben. Die letzte von Unternehmern stammende Statistik behauptet sogar 9,06 Mill. To. Halben. Beim näheren Hinsehen erkennt man, daß, um zu dieser Zahl zu gelangen, alle Bestände, die auf Halben, in Förderwagen, in Eisenbahnwagen, in den Kohlentürmen, in Röhren und in Syndikatslagern zusammengerechnet

worden sind. Auch die Bestände auf den Hüttenkokerien und die dem Werkselbstverbrauch dienenden Läger sind darin begriffen. Daß eine solche Zusammenrechnung ein schiefes Bild ergeben muß, liegt auf der Hand. Der Inhalt der verschiedenen Transportmittel und der zur Belagerung dienenden Kohlenbunker ist zunächst mal auszuschlagen. Auch die Vorräte, die dem Werkselbstverbrauch dienen — dazu zählen auch die Läger der Hüttenkokerien — sind nicht als konjunkturbedingte Halbenbestände anzuerkennen. Ebenso verfehlt ist die Hinzuzählung der Syndikatsläger, die augenblicklich weit über 1 Mill. To. hinausgehen. Sie sind den Zeichen

vom Syndikat bereits bezahlt.

Zieht man von der von den Unternehmern genannten Halbenziffer die nicht zugehörigen Bestände ab, so kommt man auf eine Zahl von etwa 6 Millionen To., die auch von der amtlichen Statistik und von den amtlichen Handelskammerberichten ausgewiesen wird.

Auch diese Zahl ist noch sehr hoch. In ihr sind die Koks- und Britenbestände auf Kohle umgerechnet. Betrachtet man sie näher, so enthält sie 2,67 Mill. To. Kohle, dagegen aber 2,90 Mill. To. Koksbestände. Die Britenbestände sind nicht erheblich, sie haben außerdem in den letzten Monaten abgenommen.

Der meiste Zuwachs entfällt auf Koks,

der auch in absoluten Mengen die der Kohle überragt. Das hat einen technischen und einen wirtschaftlichen Grund. Einmal hat Koks eine viel längere Lagerfähigkeit, zum andern bereitet das Stilllegen von Koksöfen größere technische Schwierigkeiten. Entscheidend aber ist, daß bei der Kokszeugung zahlreiche Nebenprodukte anfallen, deren Markt noch zur Zeit recht gut und vor allem sehr einträglich ist, hauptsächlich für die Benzolverzeugung. Die dabei erzielten

Nebengewinne

wiegen die Koks halben Übergang auf und geben ihr damit ihre betriebswirtschaftliche Rechtfertigung. Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß nicht die Unternehmer es sind, die die Hauptlast des Konjunkturrückganges tragen, sondern die Bergarbeiter, denen man außerdem jetzt in frivoler Weise ihre ohnehin geringen Einkommen noch weiter beschneiden will

Das Krankentassenparlament zur Notverordnung.

11,5 Millionen Versicherte sprechen. — Stegerwald als Wilhelm Tell. — Gewerkschaften gegen Notverordnung. Lehmann gegen Demagogie. — Regierungsvorteiler verläßt den Saal.

Der 34. deutsche Krankentassenparlament fand in Dresden statt. Krankentassenparlamente in der bisherigen Form sind Massenversammlungen. So waren auch diesmal 2500 Delegierte, Gäste usw. der Einladung des Hauptverbandes deutscher Krankentassen gefolgt. Die Beratungen dieses Parlaments fielen in eine Zeit, wo die Luft mit Kampfstimmung geschwängert war. Die vor einigen Wochen erlassene Notverordnung hat ja auch in die Krankenversicherung mit rauher Hand eingegriffen und Änderungen gebracht, die ungeheuer einschneidend sind. Deshalb mußte der Krankentassenparlament zu diesen Problemen Stellung nehmen und seine Meinung zu der vielumstrittenen Reform der Krankenversicherung niederlegen. Es war also eine Kampftagung im wahren Sinne des Wortes. Der geschäftsführende Vorsitzende Helmut Lehmann mußte nicht nur die Notverordnung kritisch beleuchten, sondern er mußte auch demagogische Angriffe auf seine Person zurückweisen. Daß er hierbei scharfe Worte brauchen mußte, ist ohne weiteres verständlich; nicht verständlich ist es aber, daß der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, Ministerialdirektor Grieser, den Krankentassenparlament demonstrierend verließ. In einem an das Präsidium der Tagung gerichtete Telegramm erklärte Herr Grieser, daß er gezwungen gewesen sei, die Tagung zu verlassen, weil Kollege Lehmann in seinen Angriffen gegen den Reichsarbeitsminister den Rahmen überschritten hat. Dabei wandte sich Lehmann in keiner Weise scharf gegen den Reichsarbeitsminister, sondern gegen die Demagogie, wie sie von den Kommunisten und der Zentrumspresse im Wahlkampf geübt wird.

Anfangs der besonderen Bedeutung der diesjährigen Tagung waren die Behörden und sonstige Gäste in Dresden stark vertreten. Vertreter hatten u. a. gefandt: Reichsarbeitsministerium, das preussische Wohlfahrtsministerium, die sächsische Regierung, die heftige Regierung, die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, das Internationale Arbeitsamt usw. In seiner Eröffnungsrede wies Stadtrat Ahrens (Berlin) als Vorsitzender des Reichsverbandes auf die außerordentlich schwere Krise hin, in die das deutsche Volk geraten ist. In einer solch schweren Zeit ist die Sozialversicherung von ganz außergewöhnlicher Bedeutung. Unter der Krise leiden am meisten die Arbeitslosenversicherung und die Krankenversicherung. Da letztere die Auffangstation für den Stoß der Wirtschaftskrise ist, muß auf den Bestand und die Weiterentwicklung besonderer Gewicht gelegt werden. Dazu tritt die Notverordnung mit ihren Maßnahmen. Die größte Spitzenorganisation der Krankentassen muß deshalb sich mit diesen Dingen beschäftigen. Notwendig sind aber auch organisatorische Änderungen, die es dem Hauptverband besser als bisher ermöglichen, fruchtbringende Arbeit zu leisten.

Im Verlauf des Kongresses wurden dann auch die Satzungsänderungen in der Weise beschlossen, daß hinfert die alljährlich stattfindende Mitgliederversammlung auf eine Zahl von rund 300 Vertretern verkleinert wird. Daneben soll nach Bedarf ein allgemeiner Krankentassenparlament stattfinden, der sich mit den großen Problemen der Gesundheitsfürsorge beschäftigt. Diese Satzungsänderung muß auch von den Gewerkschaften sehr begrüßt werden.

Von den Begrüßungsreden ist die des Vertreters des Reichsarbeitsministeriums, Ministerialdirektor Dr. Grieser, besonders erwähnenswert. Infolge der Wirtschaftskrise mußte der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung auf 4½ Prozent erhöht werden. Um nun die Gesundheit der Arbeiter vor Fortschritt des Reallohnes zu schützen, mußten Maßnahmen getroffen werden, die die Senkung des Beitrages zur Krankenversicherung zur Folge hatten. Hieraus ergeben sich die Zusammenhänge der Notverordnung mit der Arbeitslosenversicherung und der Sanierung der Reichsfinanzen. Die Notverordnung soll die Gemeinschaft der Versicherten vor Schäden, die sich aus den natürlichen Regungen des Lebens ergeben, schützen. Dazu bedurfte es einer einschließlichen Tat. An dem Rückwärts waren mehrere beteiligt; aber nur einer, Wilhelm Tell, hat die Tat

vollbracht. Ministerialdirektor Dr. Grieser hat zum Schluß, an der Durchführung der Verordnung mitzuwirken, wenn auch mancher gegen einzelne Bestimmungen derselben berechnete Einwendungen zu machen habe.

Sicher hat der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums mit der Verteidigung der Notverordnung eine unangenehme Aufgabe zu erfüllen; aber es ist doch ein starkes Stück, Stegerwald mit dem schweizer Nationalhelden Wilhelm Tell zu vergleichen. Wenn Dr. Grieser glaubte, für seinen Vorgesetzten eine Lanze brechen zu müssen, so hätte er besser getan, auf dieses Beispiel zu verzichten. Die Maßnahmen Stegerwalds werden nicht von den freien Gewerkschaften, sondern auch von großen Teilen der christlichen Gewerkschaften entschieden abgelehnt. Doch, man muß die Art der Verteidigung dem persönlichen Geschick der Herren überlassen.

Der Vertreter des DGB, Dr. Broeder, erklärte, daß die Gewerkschaften in ihren Hoffnungen bezüglich der Reform der Krankenversicherung aufs bitterste enttäuscht seien. Die Reform der Krankenversicherung ist schneller erfolgt als erwartet wurde. In den Kreisen der Versicherten ist aber die Meinung allgemein, daß die durch die Notverordnung erfolgte Reform keine Verbesserung, sondern einen gewaltigen Rückschritt in der Krankenversicherung bedeutet. Die Gewerkschaften müssen die vorgenommenen Maßnahmen der Regierung rund heraus ablehnen. Hoffentlich tritt bald eine Zeit wirtschaftlichen Aufschwungs und politischer Beruhigung ein, damit es allen an der Sozialversicherung tätigen Kräfte möglich ist, in positiver und sachlicher Form am Ausbau der Einrichtungen der Sozialversicherung tätig zu sein. Dann wird hoffentlich die Möglichkeit gegeben sein, jene fortschrittlichen Gedanken moderner Sozialpolitik vorwärts zu treiben, die der Volkswohlfahrt im ganzen dienlich sind.

Der Höhepunkt der Tagung wurde erreicht durch das Referat des geschäftsführenden Vorsitzenden des Hauptverbandes Helmut Lehmann: „Unser Programm und die Notverordnung.“ Folgende Gedankengänge lagen dem Referat zugrunde: Die Weiterentwicklung der Sozialversicherung ist durch die Notverordnung unterbrochen. Dies bedeutet keinen Schritt nach vorwärts, sondern einen solchen nach seitwärts, wenn man nicht gar noch von einem Rückschritt sprechen kann. Die Regierung Brüning hatte Sparmaßnahmen, namentlich auf dem Gebiete der Sozialversicherung, angeordnet. Es wurde versprochen, daß diese nicht von antisozialen Geistes getragen sein sollten. Trotzdem kommt jeder zu der Ueberzeugung, daß die Sparmaßnahmen nicht vom Sozialpolitiker, sondern vom Finanzpolitiker diktiert sind. Dabei steht nicht einmal fest, daß die Einsparungen bei den Beiträgen zur Krankenversicherung ausreichend sind, um das Defizit bei der Arbeitslosenversicherung zu decken. Wenn der beschränkte Weg bei den Maßnahmen für die Krankenversicherung weiter verfolgt wird, so dürfte bald das Ende der Krankenversicherung gekommen sein. Aufgabe des Hauptverbandes ist es, auf die Gefahr hinzuweisen, die hier im Anzuge ist. Es ist Aufgabe des Kongresses, auszusprechen, daß die Krankenversicherung für das deutsche Volk eine Lebensnotwendigkeit geworden ist. In der Öffentlichkeit wird sie vielfach als ein mehr oder weniger überflüssiger Luxus der arbeitenden Bevölkerung bezeichnet. Der übermäßigen Inanspruchnahme der Krankenversicherung kann entgegen gewirkt werden, ohne daß man die Versicherten schädigt. Die Auswirkungen des Krieges und der Inflation haben die starke Ausprägung der Krankentassen im Gefolge gehabt. Die Krankentassen haben von sich aus bereits geeignete Maßnahmen zur Verhütung unberechtigter Ausnutzung getroffen. Wenn man die Droßelung der Krankenversicherung in dieser Weise fortsetzt, so bedeutet das, daß eine mühsame, Aufbauarbeit niedergedrückt wird. Die Neuregelung des kassenärztlichen Dienstes kann als einziger Lichtblick bezeichnet werden. Die Gesetzgebung hat die Krankenversicherung verächtlicht. Aufgabe der Kassen ist es, dies wieder gut zu machen. Die Selbstverwaltung in der Krankenversicherung muß zeigen,

daß sie die durch die Notverordnung entstehenden Härten auszugleichen in der Lage ist. Mit großer Entschiedenheit weist der Redner die Vorwürfe der Kommunisten und der Zentrumspreß zurück. Er schloß mit einem Appell an das Volk, sein höchstes Gut, seine Gesundheit, zu heben und zu pflegen.

In der Aussprache begründete der Gewerkschaftssekretär Schiefer (München) im Namen der Versicherten eine Entschließer, in der die Versicherten entschieden Protest erheben gegen die Notverordnung des Reichspräsidenten, durch die nicht nur völlig ungeordnete Verschlechterungen der Leistungen der Krankenversicherung, sondern auch einschneidende Beschränkungen der Selbstverwaltung vorgenommen wurden. „Die Versicherten erwarten, daß der kommende Reichstag diese unfaule Gesetzgebung wieder beseitigen und an ihre Stelle eine Reform der Krankenversicherung setzen wird, die den Forderungen und den Bedürfnissen der Versicherten gerecht wird.“ In einer Erklärung zur Notverordnung stellt Vorstand und Beirat des Hauptverbandes fest, daß die durch die Verordnung hervorgerufenen Einschränkungen des Hauptverbandes entsprechen. Den Geschäftsbericht gab Geschäftsführer Draf.

Der zweite Tag des Kongresses war mit wertvollen wissenschaftlichen Referaten des hervorragenden medizinischen Fachmannes ausgefüllt. Angenommen wurden am Schluß noch die Leitsätze zu dem nicht stattgefundenen Referat des Geschäftsführers Fritz Wohlmann. Die Leitsätze beschäftigen sich mit Arbeitsgemeinschaften der Sozialversicherungsträger. Es wird darin festgestellt, daß die Gemeinschaftsarbeit durch die Droßelung der Einnahmen der Sozialversicherung schwer behindert wird. Der Kongreß wurde mit einer treffenden Schlußrede vom Vorsitzenden Ahrens geschlossen. Der nächste Kongreß findet in Mainz statt.

Milderung des Krankentassenstandals.

Für Familienkrantenscheine und für Krantenscheine der Knappschafftsinvaliden wird bei der Knappschafftschein keine Gebühr von 50 Pf. erhoben.

Obgleich die „Notverordnung“ der Regierung Brüning zum Abbau von Krankentassenleistungen nur Bestimmungen der Krankenversicherungsordnung geändert hat, muß auch in der Knappschafftskrankenversicherung zum Teil nach ihr verfahren werden, weil die Leistungen der Knappschafftskrankenversicherung nicht nur nach den Bestimmungen des Reichsknappschafftsgesetzes, sondern auch nach den Bestimmungen der Krankenversicherungsordnung zu gewähren sind. Während jedoch die Bestimmungen der „Notverordnung“ hinsichtlich der Entrichtung von 50 Pf. für jeden Krankentassen bei der Inanspruchnahme der Krankenhilfe für den Versicherten selbst, der Tragung der Kosten für Arzneimittel bis zu 50 Pf., des Fortfalls der drei Karenztage und der Nichtzahlung des Krankengeldes für den letzten Tag der Arbeitsunfähigkeit, wenn dieser auf einen Sonntag fällt, ganz eindeutig sind, so daß kein Zweifel darüber herrscht, daß sie auch für die Knappschafftskrankenversicherung gelten, konnte von der Bestimmung über die Erhebung der 50-Pf.-Gebühr bei Entnahme von Familienkrantenscheinen nicht dasselbe gesagt werden.

Man konnte hinsichtlich dieser Bestimmung auch zu der Auffassung kommen, daß sie auf die Knappschafftskrankenversicherung keine Anwendung zu finden hätte. In einer Vertretungskonferenz der Reichsknappschaffts, die zu diesen Fragen Stellung nahm, wurde mitgeteilt, daß man im Reichsarbeitsministerium der Ansicht sei, daß die erwähnte Bestimmung auch für die Knappschafftskrankenversicherung in Frage käme und daß das Reichsarbeitsministerium einen Erlaß in Vorbereitung hätte, aus dem diese Tatsache klar hervorgehen würde. Da jedoch die Reichsknappschaffts einen solchen Erlaß nicht abwarten konnte, sondern den Bezirksknappschaffts Richtlinien geben mußte, wie sie nun in diesen Zweifelsfragen zu verfahren hätte, rief Kamerad Viktor für den 20. August 1930 eine außerordentliche Sitzung des Satzungs-Ausschusses der Reichsknappschaffts ein.

In dieser Sitzung wurde beschlossen, angesichts der Zweideutigkeit der Verordnung und der besonderen Verhältnisse in der Knappschafftskrankenversicherung davon abzusehen, für die Entnahme von Familienkrantenscheinen 50 Pf. zu erheben. Desgleichen beschloß der Ausschuß, daß auch die Knappschafftsinvaliden, welche freie ärztliche Behandlung und Arznei aus der Pensionkasse erhalten, bei der Inanspruchnahme dieser Leistungen keine 50 Pf. für einen Krankentassen zahlen brauchen.

Von der Kostentragung bis zu 50 Pf. für jede Verordnung konnte der Ausschuß die Invaliden nicht entbinden, da nach dem Reichsknappschafftsgesetz und dem bisherigen § 182 a der Krankenversicherungsordnung die Invaliden auch den bisherigen Kostenanteil von 10 Prozent zu tragen hatten.

Die sonstigen Änderungen, die in der „Bergbau-Industrie“ vom 16. August besprochen worden sind, kommen auch für die Knappschafftskrankenversicherung in Frage. Es sind dies folgende Bestimmungen:

1. Für die Krankenhilfe hat der Versicherte einen Krankentassen zu lösen. Die Gebühr dafür beträgt 0,50 M. Für denselben Versicherungsfall ist die Gebühr nur einmal zu entrichten. Kurtscheine gelten ebenfalls als Krankentassen im Sinne dieser Vorschrift.
 2. Das Krankengeld ist in allen Fällen vom vierten Tage der Arbeitsunfähigkeit ab zu zahlen. Eine der Arbeitsunfähigkeit unmittelbar vorausgegangene Krankheit ohne Arbeitsunfähigkeit kann auf die dreitägige Wartezeit für das Krankengeld nicht mehr angerechnet werden.
 3. Bei Abnahme von Arznei, Heil- oder Stärkungsmitteln hat der Versicherte von den Kosten jeder Verordnung den Betrag von 0,50 M., jedoch nicht mehr als die wirklichen Kosten an die abgebende Stelle zu zahlen; enthält das Rezept mehr als eine Verordnung, so ist der Betrag nur einmal zu entrichten.
 4. Endet die Arbeitsunfähigkeit an einem Sonntag oder einem staatlich anerkannten Feiertag, so wird dieser Tag für das Krankengeld nicht mitgezählt.
- Die vorstehenden Bestimmungen kommen vom 25. August 1930 ab zur Anwendung. Sie gelten nicht für Krankheitsfälle, die bei Inkrafttreten der Verordnung am 28. Juli 1930 bereits eingetreten waren. Versicherte, die dieserhalb eine Befreiung von der Heilmittelgebühr (Ziffer 2) beanspruchen, müssen der abgebenden Stelle (Apothek, Krankenhaus, Labormast usw.) den Tag der Erkrankung durch den Krankentassen oder durch eine in der Regel auf der Verordnung abzugebende Bescheinigung des behandelnden Arztes nachweisen.

HAUS UND LEBEN

Ueberzeugung.

Ich habe eine Ueberzeugung, und diese Ueberzeugung bebte in mir. Sie bebte in mir in allen Lebensjahren. Ich kann nicht leben, ohne sie frei zu betonen. Nach ihr zu leben. Sie zu leben. Sie ist mein Stolz. Sie ist meine Kraft. Und nur darum bin ich, weil sie ist.

In meiner Ueberzeugung spüre ich das Leben. Das herrliche Leben des Kampfs und des Siegs. Sie macht mich zum Zwingler des Lebens, zum Schatz der Zukunft. Ich bin mehr als das heute, mehr als Spielball des Augenblicks. In meiner Ueberzeugung bin ich: ich.

Ihr Schwächlinge und ihr Weichlinge, die ihr euch schmiegen und los laßt, hierhin und dorthin. Die ihr euch anpaßt, so oder so, wie die Gemächlichkeit, die Bequemlichkeit — und der Vorteil es gerade verlangen! Ihr erlebt nichts von euch. Denn es ist nichts in euch. Nur wer eine Ueberzeugung hat und feiner Ueberzeugung lebt, ist Mensch.

Und Ueberzeugung mit Ueberzeugung verbunden! Menschen der Ueberzeugung mit Menschen, die der gleichen Ueberzeugung sind! Solch sittlich-solidarischer Wucht kann nichts widerstehen. Die solidarische Kraft der Kämpfer überwindet alles. Massen, zusammenschweißend zu einer Ueberzeugung, ertrogen das Größte.

Laßt uns darum alle einig im kämpferischen Glauben an solche Größe einer freien Zukunft sein! Dr. Gustav Grundmann.

Kopf-, Bürger-, Neger- und Nazisteuer.

Das alte Bürgerturn kann die Zeiten nicht vergessen, in denen in den Gemeinden Krupp oder eine Jocke die ganze Gemeinde beherrschte. Damals wurden die in der Gemeinde auftommenden Steuern in drei Teile geteilt. Auf wen das erste Drittel entfiel, der „wählte“ in der 1. Klasse und bestimmte ein Drittel der Gemeindevertreter, die anderen wählten die zweite und dritte Abteilung. So kam es oft vor, daß die größten Steuerzahler zwei Drittel des Gemeinderats besetzten und so die gesamte Politik der Gemeinde beherrschten. Daß sie sich dabei zuerst segneten, versteht sich von selbst. Im Grundstücks- und Wohnungswesen, in Steuerfragen segneten sie sich.

Das ist nach dem Krieg nicht mehr möglich. Das allgemeine Wahlrecht hat die Zusammensetzung der Gemeindevertretungen sehr geändert. Dabei stiegen die Wohlfahrtsausgaben ungeheuer, so daß seit Jahr und Tag der Ruf aus dem Unternehmerlager ertönt: Wir brauchen eine Steuerreform, wir brauchen einen beweglichen Faktor in den Gemeindesteuern, damit nicht immer diejenigen die Ausgaben beschließen, die keine Steuern zahlen.

Natürlich ist es richtig, daß die breiten Massen der Arbeitnehmer wenig Steuern zahlen, aber sie verdienen die Steuern, die der Unternehmer zahlt und die er zum größten Teil als Geschäftskosten verbucht. Jedenfalls essen die reichen Leute um ihrer Steuern willen kein Hühnchen weniger und trinken keine Flasche Wein weniger!

Diesem Drängen der Steuerdrückeberger ist nun die Regierung Brüning mit ihrer „Bürgersteuer“ entgegengekommen. Man nennt sie Kopf- oder Negersteuer, weil sie sich fast nur in den Kolonien als Steuer für die Neger befindet. Man kann sie aber auch Nazisteuer nennen, weil die Nationalsozialisten, die sich so viel auf ihren „Sozialismus“ zugute tun, in Thüringen zuerst eingeführt haben. Dort beträgt diese Steuer 6 M. je Kopf, einerlei, ob es sich um einen Heimarbeiter oder um einen Millionär handelt. Frei sind nur Ehefrauen und Fürsorge- oder Wohlfahrtsberechtigte.

Die Brüning-Regierung hat nun auch eine solche Kopfsteuer durch die Notverordnung eingeführt. Sie hat ihr ein soziales

Gefündigt!

Ein Teil der Belegschaft, es waren die Alten, hatten am Ersten die Kündigung erhalten. Der alte Hellwig ging heim von der Schicht, tief in Gedanken, er glaubt es fast nicht: Auch ihn, den allezeit Fleißigen, hatte man nicht geschont. So wurde sein langjähriger Dienst belohnt. Wie soll er es tragen, was sollt er beginnen? Zu Hause nun sitzen, grübeln und finnen? Untätigkeit und Müßiggang waren ihm fremd, die Arbeit war sein Lebenselement. Tage und Wochen seitdem sind vergangen. Nirgends konnte er Arbeit erlangen. Ueberall, wohin er sich wandte und frag, ließ er: „Wir haben Leute genug!“ Verzweiflung stand ihm dann auf der Stirn, so wüßt und leer wars ihm im Gehirn. Es graute ihm vor seinem ärmlichen Kämmerlein, in das er vergebens lehrte heim. Und oft in den Nächten, da schreut er empor, aus allen Winkeln, da froch es hervor, das Schreckgespenst, die Sorge, die Not, es fehlte an allem, an Geld und an Brot. Seine Frau war gestorben, gefallen der Sohn, die Ersparnisse raubte die Inflation. Nun war er ein Bettler und wußte nicht aus und ein. Sollte dies das Los seines Alters sein? An den Türen um milde Gabe stehen, verächtlich, mitleidig angesehen? — Unruhig warf er sich auf sein Lager hin, ein furchtbarer Gedanke durchzuckte ihn. — Er hat ihn noch in selbiger Nacht — verwirrt — verzweifelt zur Tat gemacht. — Dirk Hüls.

Mantelchen umgehängt, indem sie die Steuer staffelte. Die neue Notverordnung bestimmt, daß bis zu 8000 M. Jahreseinkommen 6 M. Kopfsteuer zu entrichten sind, zwischen 8000 und 25000 M. Einkommen 12 M. usw., bis zu den wenigen Rieseneinkommen von über 500 M., die jährlich 1000 M. an Kopfsteuer entrichten sollen.

In Prozenten zu der zu zahlenden Einkommensteuer bedeutet das einen Zuschlag für einen Mann mit Frau und zwei Kindern

- bei 1 825 M. Einkommen 75 Proz.,
- bei 15 000 M. Einkommen 1 Proz.,
- bei 100 000 M. Einkommen 1/2 Proz.

Das nennt man in der Brüningssprache Steuergerechtigkeit! Aber damit nicht genug. Dieser überfein ausgeklügelte „Zuschlag“ zur Einkommensteuer soll sogar von denen erhoben werden, die überhaupt keine Einkommensteuer zu zahlen haben. Auch die Einkommen unter 1200 M. jährlich, die bisher keine Lohnsteuer und Einkommensteuer zu entrichten hatten, müssen in Zukunft Kopfsteuer zahlen. Die Regierung Brüning hat in diesen Fällen den Satz der Kopfsteuer großmütig von 6 M. auf 3 M. ermäßigt. Aber was bedeutet das?

Ein Invalidentrentner, der mit einer monatlichen Rente von 30 M. kümmerlich sein Dasein fristet, muß 3 M. an Kopfsteuer entrichten. Da er nur 1 M. für den Tag zu verzehren hat,

raubt ihm die Kopfsteuer den Lebensunterhalt für drei Tage.

Ein hochbezahlter Angestellter jedoch, der ein Monateinkommen von 1800 M. hat, also 60 M. täglich verdient, braucht nur 12 M. Kopfsteuer zu zahlen. Für ihn macht die Kopfsteuer also nur den fünften Teil eines Tagesverdienstes aus.

So wirkt die Negersteuer trotz der Staffelung! Es bleibt dabei, daß die Sozialrentner und die Erwerbslosen, die Kriegsbeschädigten und die Unfallrentner mit dieser Steuer belastet werden, auch wenn ihr Einkommen noch so klein ist und nicht im entferntesten zum Lebensunterhalt ausreicht. Nur die Empfänger von Krisenunterstützung und die Wohlfahrtsrentner werden frei gelassen, aber nur, weil man nicht die Männer und Frauen einer besonderen Gemeindesteuer unterwerfen konnte, die von der Gemeinde unterstützt werden. Vor diesem Widerstand ist man doch zurückgeschreckt.

Reichshilfe und Ledigensteuer zeigen ähnliche Bilder. So beträgt der Zuschlag zur Lohn- resp. Einkommensteuer bei einem Beamten

- mit 200 M. 20 Proz.,
- mit 2000 M. 90 Proz.

Bei der Ledigensteuer zahlt der arme Mann 25 Proz. Zuschlag, der Reichere 10 Prozent! Das „Notopfer“ belastete den Reichen nur mit 5 Prozent Zuschlag zur Einkommensteuer!

Frauen, merkt euch diese Zahlen. Macht es euren Kindern, Verwandten und Bekannten begreiflich, daß arme Leute verdrückt wären, wenn sie bürgerlich wählten!

Wählt Liste 1, Sozialdemokraten!

Die „gute“ alte Zeit.

Wie oft hört man, daß es vor dem Kriege doch viel schöner war in unserem Lande als heute! Die so reden, denken nicht daran, daß der Krieg nicht nur

zwei Millionen Deutsche auf den Schlachtfeldern fraß, sondern, daß er auch im Lande Millionen sterben und verelenden ließ.

Weit über 800 000 Kriegsbeschädigte

haben wir heute noch zu versorgen. Millionen Arbeitslose sind zu unterrichten. Steuern und andere Belastungen sind gewachsen. Aber das alles sind Notwendigkeiten, denen man sich nicht entziehen kann, denn es ist

Pflicht des Staates, für die Vermissten und Arbeitsunfähigen zu sorgen!

Es kommt natürlich in einem vernünftig organisierten Staatswesen darauf an, dafür zu sorgen, daß die Massenbelastung durch Steuern und Zölle möglichst niedrig gehalten wird. Es kommt aber auch darauf an, wie die aufkommenden Steuern verwandt werden, ein wie großer Teil für soziale Aufgaben ausgegeben wird! Und da zeigt uns die Statistik interessante Zahlen. 1927 (heute sind die Sozialausgaben noch größer) zeigte folgendes Bild (in Millionen Mark):

	1913	1927
Massenbelastung (Lohnsteuer, Umsatsteuer, Beförderungsteuer, Zölle, Verbrauchssteuern, Reichsbahnbelastung, Ueberschüsse aus öffentlichen Betrieben)	2530	6780
Sozialleistungen (Wohlfahrtswesen, Wohnungswesen, Schulwesen, Kriegsversorgung)	1390	6940

Wir sehen also: 1913 trugen die breiten Volksmassen fast doppelt so hohe Lasten, als ihnen durch Sozialleistungen wieder zugewandt wurde, 1927 waren diese Sozialleistungen höher als die Massenbelastung!

Natürlich ist auf diesem Gebiet noch lange nicht alles so wie es sein sollte. Der Fortschritt, der wesentlich in der Sozialdemokratie zu verdanken ist, springt aber deutlich in die Augen.

Wollt ihr, daß es hier besser werde, so wählt Liste 1, Sozialdemokraten!

Religion und Wahlkampf.

Im Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie spielt die Frage der Religion eine große Rolle, besonders im Westen des Reichs, wo das Zentrum die Brüning-Politik zu verteidigen hat. Ein Flugblatt des katholischen Volksvereins schrieb:

„Sozialisten und Kommunisten haben einen gemeinsamen Schlachtruf: Vernichtung der Kirche Christi! Sie richten ihre Angriffe gegen die Kirche, Schule, Ehe, Familie, kurz gegen alles, was uns teuer und heilig ist.“

Diese Vorwürfe, gegen die Sozialdemokratie erhoben, sind unglaublich gewissenlos! Sie sind wissentlich unwahr! Die Sozialdemokraten so wenig wie die freien Gewerkschaften machen ihren Mitgliedern Vorschriften über ihr religiöses Verhalten. Sie verlangen im Staat Schulhoheit des Staates, nicht der Kirche, der sie aber sonst in ihrer privaten Wirksamkeit keine Hindernisse in den Weg legen. Das Konkordat in Preußen, ein Staatsvertrag mit dem Papst, wird von dem preussischen Zentrum als ein großer Gewinn bezeichnet. Der Vertrag brachte die Einrichtung von zwei Bistümern und zwei Erzbistümern, regelte die Voraussetzungen für das christliche Amt usw. Die Staatswendungen an die katholische Kirche wurden von 1,8 auf 2,8 Millionen Mark erhöht. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion erklärte im Handbuch der Partei für 1929 zu dem Gesetz:

„Die Sozialdemokratie hat an dem Gesetz mitgearbeitet, weil sie wünschte, daß die religiösen Auseinandersetzungen und Kämpfe aus dem politischen Leben verschwinden, daß die rein politischen und wirtschaftlichen Kämpfe von den religiösen Kämpfen befreit werden. Die Sozialdemokratie hat Raum für alle Weltanschauungen, jede Weltanschauung kann auf dem Boden der Sozialdemokratie mitkämpfen für die Erreichung ihrer Ziele. Aus dem Geist der Toleranz (Duldsamkeit) heraus stimmten die Sozialdemokraten dem Gesetz zu, weil der Staat auf dem ganzen Gebiet der Kultur in keiner Weise eingeengt wird, sondern seine bisherige Freiheit behält.“

Auch mit der evangelischen Kirche soll ein ähnlicher Vertrag abgeschlossen werden.

Mehr als zehn Jahre hat in Preußen das Zentrum mit den Sozialdemokraten zusammenregiert, mit einer kurzen Unterbrechung. Wäre

das möglich gewesen, wenn die Sozialdemokratie eine so religionsfeindliche Haltung gezeigt hätte, wie das Flugblatt des Volksvereins ihr zuschreibt?

In Westfalen zählt man mehr als fünf Millionen Leute, die einer der beiden Hauptkirchen angehören. Demgegenüber gibt es in diesem Bezirk nur 93000 Leute, die aus der Kirche ausgetreten sind. Und in den beiden Wahlkreisen Westfalen-Nord und -Süd hatten die Sozialdemokraten 1928 656 823 Stimmen!

Rund 566 000 Männer und Frauen, die noch einer Kirche angehörten, stimmten für die Sozialdemokraten!

In weiten Gebieten, im Bielefelder Land usw. sitzen Sozialdemokraten in den Kirchenvorständen! Niemand schließt sie deswegen aus! Dem Bund religiöser Sozialisten macht in der Sozialdemokratie niemand Schwierigkeiten. Allerdings nimmt dieser Bund zu wirtschaftlichen und politischen Fragen anders Stellung als die Leute, die die Religion im Munde führen und dabei mit der Kirche die Geschäfte der Kapitalisten besorgen wollen! Der 5. Kongreß der religiösen Sozialisten in Stuttgart nahm kürzlich folgende Entschlieung an:

„Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit drängt der Entscheidung entgegen.“

Die feudalistischen und bürgerlichen Schichten ballen sich unter nationalistischen und faschistischen Parolen zusammen zum Angriff auf die werdende sozialistische Gesellschaft.

Sie versuchen die Einheit der proletarischen Abwehrfront mit allen möglichen Mitteln zu verhindern, ja, sie schrecken nicht davor zurück, Christentum und Kirche für ihre Interessenpolitik zu mißbrauchen.

Bei den gegenwärtigen politischen Entscheidungen, auch im Wahlkampf um die neue Zusammensetzung des Reichstages handelt es sich im besonderen darum, daß die kapitalistisch-bürgerlichen Kreise durch Einschränkung und Aufhebung sozialpolitischer Gesetze den Lebensraum der Arbeiter und Angestellten einengen wollen. Dadurch sollen die wirtschaftlich Abhängigen gezwungen werden, unter den schlechtesten Bedingungen und für den geringsten Lohn ihre Arbeitskraft zu verkaufen.

Soziale Gesetzgebung ist sittliche Forderung für jeden entschlossenen Christen. Es sollte selbstverständlichste Aufgabe christlicher Nächstenliebe sein,

durch den Ausbau der sozialen Gesetzgebung die Not der Witwen und Waisen, der Alten und Invaliden, der aus dem Wirtschaftsprozess ausgeschalteten Jugendlichen, der Arbeitslosen und der unter dem Wohnungselend Leidenden zu lindern, die sich aus dem kapitalistischen Wirtschaftssystem zwangsläufig ergibt.

Die bürgerlichen Parteien fordern sogar den Abbau der bisherigen Sozialleistungen. Auch das „christliche“ Zentrum, die „christliche“ Bayrische Volkspartei, der „Christlich“-soziale Volksdienst stehen auf der Seite der sozialen Reaktion.

Die Kirchen haben sich zwar in öffentlichen Kundgebungen offiziell für die Ueberwindung der sozialen Not ausgesprochen: die kirchlichen Kreise aber stützen immer noch die bürgerlichen Parteien, die durch ihre rückwärtliche Sozialpolitik die Not der Massen vergrößern.

Die Wirkungslosigkeit der gutgemeinten kirchlichen Versuche, durch Almosen und organisierte Wohltätigkeit der Noth Herr zu werden, zeigt, wie untauglich diese Mittel einer vergangenen Zeit sind.

Wir religiösen Sozialisten werden nicht aufhören, die Kirche zur Umkehr zu rufen. Wir wollen sie nötigen, sich im Kampf um die neue bessere Ordnung auf die Seite der im besonderen Sinne Müheligen und Beladenen zu stellen.

Alle christlichen Männer und Frauen, die sich der Verantwortung gegenüber ihren Mitmenschen, ihren leidenden Brüdern und Schwestern bewußt sind, fordern wir auf, sich ohne Rücksicht auf Beruf und Konfession in die sozialistische Front einzugliedern. Nur dann besteht die Hoffnung, durch die Umgestaltung der ungerechten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung die bestehenden Noth zu beseitigen.“

Diesen Sozialisten, unter denen sich viele Geistliche, Universitätsprofessoren usw. befinden, in der Vertretung ihrer Auffassung Schwierigkeiten zu machen, fällt der Sozialdemokratie nicht ein, ebensowenig, wie sie das gegenüber den Freidenkern in ihren Reihen tut.

Dieser Wahlkampf geht nicht um Religion und Kirche, sondern um Leben und Sterben armer Leute! Für vernünftige Wirtschaft-, Zoll- und Steuerpolitik, für ausreichende Sozialfürsorge geht der Kampf! Deshalb:

Liste 1, Sozialdemokraten!

Verbandskonferenzen.

Der Bezirk Fraulautern

hielt am 16. August seine Halbjahreskonferenz ab. Kamerad Dreher berichtete über die Arbeit im Bezirk, wobei er besonders darauf hinwies, daß der Bezirk in punkto Beitragszahlung noch nicht auf der Höhe ist. Kamerad Hän aus Werbeln berichtete unter großer Aufmerksamkeit über die Generalversammlung. Er sagte, wenn jeder Verbandsfunktionär einmal dort hinkäme, dann würde manche Klage über die „Diktatur der Leitung“ verschwinden.

Nun folgte der Kamerad Mann, der in hochinteressanten Worten die Rechtsichtigkeit des Verbandes schilderte. Man sah es allen Delegierten an, daß hier ein Gebiet eröffnet wurde, das vielen noch fremd war. An Hand von Beispielen aus der Praxis zeichnete er den Weg, der von einzelnen gegangen werden muß. Mit großer Klarheit arbeitete er die einzelnen Verfahren aus und mit Spannung wurden die Ausführungen aufgenommen und starker Beifall belohnte den Redner für seine Ausführungen.

Dann folgte Kamerad Michel Schmitt, der an Hand einer Skizze das Unglück im Kurtschacht bei Neurode schilderte. Auch diese Ausführungen fanden größte Aufmerksamkeit. Die Kameraden wurden mit einer Gefahr des Bergbaues vertraut gemacht, die hier im Saarbergbau fremd ist. Der gependete Beifall zeigte, daß die Anwesenden mit ganzem Herzen bei der Sache waren.

Nach der Mittagspause setzte die Aussprache ein. Zwölf Kameraden beteiligten sich daran und man konnte feststellen, daß alle, vom Ernst der Zeit getragen, ihre Ausführungen machten. Nach den Schlussworten der Referenten wurde über die einzelnen Anträge abgestimmt. Folgende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen:

I.

„Die heute im Lokal Uhr in Werbeln tagende Bezirkskonferenz des Bezirks Fraulautern erhebt schärfsten Protest gegen die Verordnung der Regierungskommission betreffend Abänderung des Zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung. Besonders der § 182 a ist eine wesentliche Verschlechterung des bisherigen Zustandes. Den Bergarbeitern ist es nicht möglich, auf Grund der Zusammenlegung des Vorstandes, diese Härte durch Erhöhung des Grundlohnes zu beseitigen. Sie sehen in dieser Verordnung einen Abbau der sozialen Versicherung und eine Schmälerung des schon ohnehin niedrig bemessenen Krankengeldes. Ferner fordert die Konferenz, daß auch endlich im Saargebiet die Einführungsbestimmungen der Unfallversicherung eingeführt werden, wie es im übrigen Reich schon geschehen ist. Die Konferenz erwartet von der Bezirksleitung, daß alle Schritte unternommen werden, um diesen Rückschritt zu beseitigen.“

II.

„Die Behandlung der Arbeiter auf einzelnen Gruben, besonders auf Grube Belsen, nimmt immer unerträg-

lichere Formen an. Durch das rigorose Vorgehen einzelner Beamten werden Arbeiter provoziert, daß es zu Tätlichkeiten kommt. Strafen werden verhängt, die für den Arbeiter untragbar sind. Der kargliche Lohn wird herabgedrückt und die Familien dem Hunger preisgegeben. Entlassungen für Gefährlichkeiten sind an der Tagesordnung. Wir erheben gegen diese Behandlungsweise den schärfsten Protest und warnen die Verwaltung, den Bogen nicht zu überspannen. Die Geduld der Arbeiter ist erschöpft und sind diese nicht gewillt, ihre Gesundheit und ihr Leben aufs Spiel zu setzen, um einzelnen Beamten die Günst der Verwaltung zu erhalten. Die Konferenz protestiert ferner gegen die Entlassungen der Kameraden wegen der Krise im Bergbau, da nachgewiesen wird, daß auf einzelnen Gruben noch viele Ueberschichten Verfahren werden.“

Mit einem Hoch auf den Verband und mit dem Abingen der Internationale wurde die Konferenz vom Kameraden Berg geschlossen.

Geschäftsstelle Niederlahnstein.

Am 17. August fand in Niederlahnstein eine außerordentlich gut besuchte Konferenz der Geschäftsstelle statt. Kamerad Kraßfeld erstattete Bericht über die Generalversammlung in Breslau, der beifällig aufgenommen und die Arbeit der Generalversammlung gutgeheißen wurde. Im Anschluß daran referierte Kamerad Schmidt (Bochum) über das Thema: „Bergarbeiter und die Reichstagswahl.“ An Hand eines reichen Tatsachenmaterials behandelte Kamerad Schmidt den bürgerlichen Schwindel von Preisentwurf, die brutalen Angriffe der Brüning-Regierung auf Lohn, Lebenshaltung und Sozialpolitik. Eindringlich mahnte er zur Arbeit für die Wahl zugunsten der Sozialdemokratischen Partei. Dem Vortrag folgte eine rege Aussprache, in der einige ältere Kameraden die Ausführungen des Kameraden Schmidt unterstrichen und die Konferenz aufforderten, alles aufzubieten, daß die Wahl am 14. September nicht gegen die Arbeiterschaft, sondern für sie ausfällt. Die Ausführungen des Kameraden Schmidt sowie auch die kurzen Ausführungen der übrigen Kameraden wurden mit starkem Beifall aufgenommen.

Zum Schluß der Konferenz wurde noch vom Kameraden Kraßfeld Bericht erstattet über die schwebenden Verhandlungen in den verschiedenen Bergbauarten. Nach diesem Bericht wurde von der U. G. Stollberg ein Lohnabzug von 9,5 Prozent gefordert. Dieser Forderung haben sich die Verbandsvertreter selbstverständlich auf das schärfste widersetzt. Im Schieferbergbau an der Mosel wird für einige Betriebe in der Gifel ein Lohnabzug von 13,5 Prozent von den Unternehmern verlangt. Im Schieferbergbau am Rhein (Raub) haben die Unternehmer schon zweimal den Lohn-tarif dieses Jahr gekündigt, aber Forderungen bisher noch nicht unterbreitet. Trotz der Arbeitslosigkeit, die hier herrscht, wird alles getan, um die geplanten Lohnverschlechterungen abzuwehren.

Glückauf zum 25jähr. Dienstjubiläum

Am 1. September kann Kamerad Hermann Weickart (Zeitz) auf eine 25jährige hauptamtliche Tätigkeit als Bezirksleiter unseres Verbandes zurückblicken.

1863 in Sachsen geboren, nahm er nach seiner Schulentlassung Arbeit in einer Papierfabrik an, die er bis zu seiner Einberufung zum Militär verrichtete. Nach Ablauf der militärischen Dienstzeit fuhr er als Kumpel auf dem Karolaschacht bei Deuben (Sachsen) an. Bald darauf trat er der vorhandenen Berufsorganisation der Bergarbeiter bei, in welcher er seine agitatorischen und organisatorischen Fähigkeiten nutzbar anwenden konnte. Gleichzeitig erfolgte sein Eintritt in die Partei, geboren aus der Erkenntnis, daß neben der wirtschaftlichen auch eine politische Interessenvertretung der Arbeiterschaft notwendig sei.

Nach dem sächsischen Bergarbeiterkampf 1899 blieb er als unliebsamer Agitator als Opfer auf der Strecke. Die Solidarität seiner Kampfgenossen verschaffte ihm ein neues Tätigkeitsgebiet in einem Genossenschaftsbetrieb, in welchem er sechs Jahre tätig war. Auch während dieser Zeit hat der Jubilar die Belange der Bergarbeiter als Bezirksvertrauensmann wahrgenommen.

Als sich im Jahre 1905 die Anstellung eines besoldeten Bezirksleiters für den Bezirk Senftenberg notwendig machte, wurde er vom Vorstand des Bergarbeiterverbandes mit diesem Amte betraut. In der zweijährigen Tätigkeit hat er in dem äußerst schwer zu bearbeiteten Boden wirkungsvolle und fruchtbare Arbeit geleistet. Im November 1907 wurde ihm die Leitung des Bezirks Zeitz übertragen, die ihm auch heute noch obliegt. Die Entwicklung des Bezirks Zeitz ist der beste Beweis für die rührige Tätigkeit, die der Jubilar innerhalb der 23 Jahre in Zeitz entfaltet hat.

Seine Arbeit erstreckte sich nicht nur allein auf gewerkschaftliche Betätigung, sondern auch innerhalb der Parteibewegung hat er eine Reihe von Ehrenämtern ausgeübt.

Wir wünschen dem Jubilar, der sich trotz seiner 67 Jahre einer äußerst guten körperlichen und geistigen Frische erfreut, einen recht langen und sonnigen Lebensabend!

der werdenden Gesellschaft. Der Größe und Bedeutung des Verbandes wird durch dieses Haus sichtbar Ausdruck verliehen.

Eine große Zahl von Freunden des DMB. hatte sich zur Eröffnung eingefunden. Vom Hauptvorstand begrüßte der Verbandsvorsitzende Brandes die Gäste. Er gab einen geschichtlichen Überblick über das Werden dieser Millionen-gewerkschaft und konnte seiner Freude darüber Ausdruck geben, daß das Wachstum der Organisation schneller erfolgt sei, als dies der kühnste Optimist zu ahnen vermochte. Die Ueberfiedlung nach Berlin war für den DMB. eine glatte Notwendigkeit. Bereits die Lage des Gebäudes läßt es deutlich werden, daß der Verband gewillt ist, mit der politischen Vertretung der Arbeiterklasse, der Sozialdemokratie, Hand in Hand zu arbeiten. Der DMB. wird in Berlin mit vervielfältigter Kraft seinen Bestimmungen gemäß für die Arbeiterklasse wirken. Der Architekt Mendelsohn dankte allen Mitarbeitern und bezeichnete das Haus als ein Symbol der machtvoll aufstrebenden Arbeiterklasse. Des ferneren sprach der Kollege Schott, Hauptfasser des DMB., der als Bauleiter die Aufgabe zu erledigen hatte, alle sich auftürmenden Schwierigkeiten hinwegzuräumen.

Nachdem die Verbandsdelegierten die neue Waffenschmiede ihres Verbandes besichtigt hatten, vereinigten sich die Teilnehmer im Gewerkschaftshaus. Hier war es der Vorsitzende Georg Reichel, der die Gäste mit warmen Worten begrüßte. Von dem Verwaltungsgebäude gelte das Wort Goethes: „Wer reist zu wirken denkt, muß auf das beste Werkzeug halten.“ Das neue Metallarbeiterhaus ist Symbol und Ausdruck der in vierzigjähriger Arbeit errungenen Machtstellung im deutschen Wirtschaftsleben. Gleich dem Metallarbeiterhaus wirkt auch die deutsche Arbeiterbewegung über ihre Zeit hinaus. Wie das Haus, so ist auch die Arbeiterbewegung aus vielfältigen Einzelteilen zum harmonischen Ganzen zusammengefügt worden. Der Metallarbeiterverband sei nach Berlin gekommen, um noch bessere Arbeit als bisher zu leisten. Allen Förderern der Arbeiterklasse werde er freundlicher Bundesgenosse sein. Scharj und unerbittlich würden diejenigen bekämpft, die sich der Entfaltung des Staates und der Wirtschaft zum Volksstaat entgegenstellen. Anschließend kamen eine Anzahl Gäste zum Wort.

Die gesamte deutsche Arbeiterbewegung ist mit den Metallarbeitern stolz auf dieses Haus und die Entwicklung der Organisation. Sie wird in diesem neuen Verwaltungsgebäude ein Symbol zur Befreiung der gesamten Arbeiterklassenbewegung sehen. Dem Vorstand des DMB. ein freudiges Glückauf zu fruchtbringender Arbeit in Berlin!

Eine zerbrochene Wertsgemeinschaft.

Seit einigen Jahren spielt in den Reihen der Unternehmer ein gewisser Dr. Schenz, Textilfabrikant in Lörrach, eine große Rolle. Er hatte in seinem Betriebe eine Wertsgemeinschaft aufgezogen, die als Muster der Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit hingestellt wurde. In vielen Vorträgen hat Dr. Schenz seine Erfolge in die Welt hinausposaunt, wobei er besonders seiner Freude darüber Ausdruck gab, seine Werksangehörigen völlig von den übrigen Berufsgeossen isoliert zu haben. In dem Betriebe von Schenz sollten hohe Löhne bei günstiger Organisation der Arbeit erreicht werden. Ein raffiniertes Rationalisierungssystem wurde durchgeführt. Den Arbeitern von Schenz wurde versprochen, daß bei Akkordverdiensten keine Abzüge erfolgen sollten. Da plötzlich wurde, wie wir dem „Textilarbeiter“ entnehmen, an die Arbeiterchaft das Verlangen gestellt, den Lohn um 30 Prozent zu ermäßigen. Das hatte selbst die geduldigen Wertsgemeinschaftler in Erregung gebracht, was zur Folge hatte, daß in einer tumultuarig verlaufenen Betriebsversammlung die Aufhebung der Wertsgemeinschaft beschlossen wurde. Damit war eine Komödie zu Ende, die weit über das babylonische Wustland hinaus Beachtung gefunden hatte. Sicher waren es keine neuen Gedanken, die Herr Schenz in die Tat umgesetzt hatte. Er bewegte sich in den alten Gedankengängen der gelben Wertsgemeinschaften. Neu war an den Gedanken, daß eine mit Hilfe der Rationalisierung durchgeführte Betriebsorganisation mit der alten Idee von der Interessengemeinschaft zwischen dem Arbeiter und dem Werke verbunden wurde und Herr Schenz als Apostel einer neuen Idee in der Welt herumfuhr. Jetzt kann sich Herr Schenz nicht mehr rühmen, seine Arbeiter von den übrigen Berufsgeossen zu isolieren. Die Arbeiterchaft des Schenzschen Betriebes findet hoffentlich wieder vollständig den Weg zum Zusammenschluß mit der übrigen Textilarbeiterchaft. Damit gehört diese Episode der Vergangenheit an.

Der DGB. im Jahre 1929.

Nach der in der Nr. 30 der „Gewerkschafts-Zeitung“ erschienenen Darstellung über die Entwicklung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Jahre 1929 betrug die Zahl der dem DGB. angeschlossenen Verbände 35, sie hat sich gegen das Vorjahr nicht verändert. Die gesamte Mitgliederzahl betrug am Jahreschluß 1929 4 948 267 gegen 4 866 898 im Vorjahre. Es ist also eine Zunahme von 81 369 Mitgliedern erfolgt. Das ist nicht viel gegenüber den glänzenden Ergebnissen des Jahres 1928. Es zeigt sich auch hier die Wirtschaftskrise in all ihren Auswirkungen. Immerhin ist an der Mitgliederzunahme von über 80 000 zu erkennen, daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit starker Organisationen auch und gerade in wirtschaftlich trüben Zeiten unter der Arbeiterschaft wächst.

Die Einnahmen und Ausgaben der Verbände zeigen ein günstigeres Bild, als es bei der schwierigen Wirtschaftslage anzunehmen war. Die Einnahmen aller Verbände betragen 251 385 248 M. gegen 221 696 195 M. im Vorjahre, also eine Mehreinnahme von 29 689 053 M. Die Ausgaben betragen 202 944 677 M. gegen 189 363 911 M. im Vorjahr. Die Ausgaben verteilen sich wie folgt (in Mark):

	1929	1928
Unterstützungen	86 793 180	62 543 817
Arbeitskämpfe	13 304 760	32 224 377
Presse und Bildungsweien	13 254 726	11 865 347
Agitation und Organisation	21 446 281	18 667 638
Sonstiges	9 372 657	11 873 705
Verwaltung	58 772 473	52 192 007

Die Ausgabe für Unterstützungen stieg um 24,3 Mill. M., sie allein machte 42,8 Prozent der gesamten Ausgaben aus. Die Kosten für die Arbeitskämpfe gingen dagegen um 18,9 Mill. M. zurück. In diesen beiden gegensätzlichen Erscheinungen kommt der Krisencharakter des Jahres 1929 am deutlichsten zum Ausdruck. Von den Unterstützungsausgaben kamen im einzelnen auf (in Mark):

	1929	1928
Arbeitslosenunterstützung	45 231 487	28 059 354
Krankensunterstützung	27 274 707	24 102 272
Invalidensunterstützung	4 278 928	2 900 016
Erwerbslosunterstützung	4 309 938	3 343 630
Sonstige Unterstützungen	4 743 464	3 318 392
Rechtsschutz an Mitglieder	954 661	817 153

Bei allen Unterstützungsarten beobachtet man eine Mehrausgabe, die stärkste bei der Arbeitslosenunterstützung, die 1929 allein mehr als die Hälfte aller Unterstützungen betrug.

Die Zahl der Ortsausschüsse des DGB. betrug am Schluß des Jahres 1929 ein wenig mehr als im Vorjahre, 1280 gegen 1269. Als ihre vielleicht wertvollste Einrichtung sind die Rechtsberatungsjstellen zu betrachten. Sie eine Unmenge von Arbeit geleistet haben, wie aus den angegebenen Zahlen hervorgeht. 121 Arbeitersekretariate wurden im Jahre 1929 allein von 544 793 Personen in Anspruch genommen.

Die Bildungsbestrebungen gewinnen im DGB. immer mehr an Bedeutung. In 439 Orten bestanden besondere Bildungsausschüsse.

Recht stark angewachsen ist die Zahl der Gewerkschaftshäuser, sie stieg von 135 im Vorjahre auf 150 im Jahre 1929. Davon befanden sich 134 im Eigenbesitz der Gewerkschaften und in 16 Fällen dienten Nacht- oder Mieträume den gewerkschaftlichen Zwecken. Zur Bewirtschaftung der Gewerkschaftshäuser sind in der Regel besondere Gesellschaften gebildet, hinter denen die Gewerkschaften stehen.

Ausführlicher über den Stand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Jahre 1929 unterrichtet das demnächst erscheinende Jahrbuch für 1929, das mit einer reichen Fülle statistischer Materials ausgestattet ist.

Arbeiterbewegung

Der Kampf in der Berliner Metallindustrie.

Herr von Siemens gab das Signal zum Gehaltsabbau durch einen Brief vom 25. Juli. Rückgang des Inlandsabfahes, der durch Steigerung des Auslandsabfahes nicht wettgemacht wurde, zu niedrigerem Preise usw. machten Herabsetzung der Untkosten notwendig. Kurzarbeit und Gehaltsabbau bis zu 20 Prozent sollten die Gewerkschaften schluden. Sie zeigten Entgegenkommen, das aber den Unternehmern nicht genügt. Etwa 3000 Angestellten wurde gekündigt, ein Rechtsstreit um die Tarifauslegung ist anhängig.

Ein besonderer Notstand für die Unternehmer liegt nicht vor. Der Brief von Siemens' läßt nur Sorge für die Zukunft erkennen. Das Entgegenkommen der Angestellten-gewerkschaften, zwischentariflich einem vorläufigen Gehaltsabbau um 10 Prozent zuzustimmen, wenn dafür Entlassungen nicht erfolgten, genügt den Unternehmern nicht, auch von einem Mitreden der Angestellten-gewerkschaften wollten sie nichts wissen. Am Rundfunk, der für eine Zwiesprache über diesen Fall zwischen einem Unternehmer- und einem Angestelltenvertreter eine halbe Stunde zur Verfügung gestellt wurde, erklärte der Unternehmervertreter ausdrücklich, daß die Entscheidung in der Hand der Unternehmer bleiben müsse.

Der Siemenskonzern hat in den letzten fünf Jahren seine Jahresgewinne von 10,8 auf 25 Millionen Mark gesteigert. Er verteilt „nur“ 14 Prozent Dividende, während er in einem Prospekt für America eine Verzinsung des Aktienkapitals um 44,5 Prozent herausrechnete!

Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG.) steigerte in den fünf Jahren ihren Reingewinn von 8,3 auf 15,2 Mill. M., hat in den letzten drei Jahren mehrere tausend Mann abgebaut, der Umsatz stieg in dieser Zeit von 400 auf 580 Millionen Mark!

Binisch, Drenstein & Koppel, Knorrbremse, Bergmann, Geffurel, Lorenz, Mir & Genest und andere große Gesellschaften zeigen ein ähnliches Bild.

Eine wirkliche Begründung für das Vorgehen oder eine Notwendigkeit, das Entgegenkommen der Gewerkschaften zurückzuweisen, liegt nicht vor. Ob sie an Siegerwald appellieren und ob dieser das Schauspiel von Deynhause wiederholt? Verhandlungen über die Streitfragen blieben bis zum 22. August ergebnislos.

Auf jeden Fall zeigt auch dieser Fall, wie notwendig der Kampf für Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Staat und Wirtschaft und deshalb sozialdemokratische Stimmabgabe am 14. Sept. ist!

Das Haus der Metallarbeiter.

Die größte deutsche Gewerkschaft, der Metallarbeiterverband, hat ihren Sitz nun ebenfalls nach Berlin verlegt. Das neuerrichtete Verwaltungsgebäude wurde am 17. August, am Vorabend des Verbandstages, eröffnet. Wichtig und maßig erhebt sich dieser stolze Bau in der Alten Jakobstraße. Schlicht in der Form, in der Linie harmonisch, zweckmäßig und nach den neuesten Errungenschaften der Bürotechnik eingerichtet, mit hellen langen Korridoren und Zimmern, die Wärme und Arbeitsfreude vermitteln, ist dieses Haus der Inbegriff einer neuen Zeit und

Noch immer Schwindel um Neurode.

In der Nr. 193 vom Dienstag, dem 19. August d. J., bringt die Zentrumszeitung „Der Deutsche“ einen Artikel mit der Ueberschrift: „Die Sammelgelder von Neurode“, der nicht un widersprochen bleiben darf. Dieser Artikel hängt auch zusammen mit der kleinen Anfrage der Zentrumsabgeordneten Steger, Harisch, Rürup und Effert im Preussischen Landtag.

Zu unterscheiden ist, wie „Der Deutsche“ mit Recht behauptet, zwischen dem Fonds zur Unterstützung von Tode verunglückter Bergleute im niederschlesischen Steinkohlenrevier und den privaten Sammelgeldern der großen Tageszeitungen. Für den ersteren Fonds besteht ein Verwaltungsausschuß, der jetzt durch die Zuweisung von Reichs- und Staatsmitteln dahingehend erweitert worden ist, daß je ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums sowie ein Vertreter des Vereins für die bergbaulichen Interessen hinzugefügt worden sind. Ueber die Verwendung der vom Reich und Staat dem Fonds überwiesenen Mittel ist „Der Deutsche“ außerordentlich schlecht informiert. Das nimmt uns nicht Wunder, ist doch die Informationsquelle der in unseren Kreisen satfam bekannte Stegerwald steht, hat die Ministerialrat Sieler, der kein Sozialdemokrat ist, beauftragt, an den Verhandlungen über die Aufstellung des Verteilungsplanes teilzunehmen. Vom Reichsarbeitsministerium geht der Vorschlag aus, 800 000 M. zur Instandsetzung von Altwohnungen zu verwenden. Der Vorschlag geht also nicht von uns aus, sondern vom Reichsarbeitsminister Stegerwald.

Eine grobe Irreführung leistet sich „Der Deutsche“, indem er durchblicken läßt, daß die Vertreter des christlichen Gewerkschafts mit der Verwendung der Gelder zu diesem Zweck nicht einverstanden waren. So unangenehm es dem christlichen Gewerkschaftsmitglied Riedel aus dem Neuroder Revier. Dieser Mann ist in unserm Revier, und zwar aus der Affäre in Reichenstein in sehr unliebbare Erinnerung dahingehend, daß er jeden verleumdet, der nicht seiner Ansicht ist, und der es trotz seines christlichen Glaubens mit der Wahrheit nie genau genommen hat.

Der Sachverhalt über den Verteilungsplan ist folgender: Das Reichsarbeitsministerium, an dessen Spitze doch der Zentrumsmann und ehemalige Gewerkschafter Stegerwald steht, hat die Ministerialrat Sieler, der kein Sozialdemokrat ist, beauftragt, an den Verhandlungen über die Aufstellung des Verteilungsplanes teilzunehmen. Vom Reichsarbeitsministerium geht der Vorschlag aus, 800 000 M. zur Instandsetzung von Altwohnungen zu verwenden. Der Vorschlag geht also nicht von uns aus, sondern vom Reichsarbeitsminister Stegerwald.

Die grobe Irreführung leistet sich „Der Deutsche“, indem er durchblicken läßt, daß die Vertreter des christlichen Gewerkschafts mit der Verwendung der Gelder zu diesem Zweck nicht einverstanden waren. So unangenehm es dem christlichen Gewerkschaftsmitglied Riedel aus dem Neuroder Revier. Dieser Mann ist in unserm Revier, und zwar aus der Affäre in Reichenstein in sehr unliebbare Erinnerung dahingehend, daß er jeden verleumdet, der nicht seiner Ansicht ist, und der es trotz seines christlichen Glaubens mit der Wahrheit nie genau genommen hat.

diesem Zweck verwendet werden. Erst nachdem auch der Kollege vom Hirsch-Dunerschen Gewerkverein ebenfalls keine Einwendungen erhob, hat der Vertreter unseres Verbandes seine Bedenken fallen gelassen. Das klingt wohl etwas anders, als wie im „Deutschen“ behauptet wird. Am nächsten Tag, dem 31. Juli, in der offiziellen Sitzung, war nicht nur der Stadtverordnete Zinke, sondern auch der Geschäftsführer des christlichen Gewerkschafts, Bogt (Neurode), anwesend. Wir stellen hier ausdrücklich fest, daß beide Vertreter mit der Verwendung der Mittel nach den Vorschlägen des Ministerialrats Sieler einverstanden waren. Sie haben also die Verwendung der Mittel zur Renovierung von Altwohnungen ausdrücklich gutgeheißen. Wenn der christliche Gewerkverein und mit ihm die Zentrumspartei, Herrn Riedel mehr Glauben geschenkt habe als seinen Angehörigen, so tut uns das leid. Wir können es aber nicht ändern, daß wir dann die Lügen an den Tag ziehen.

Genau so demagogisch ist das Vorgehen der Zentrumspartei gegen den Landrat des Kreises Neurode. Hier geht die Ursache in erster Linie auf die Werksverwaltung zurück; diese war in der Person Dr. Gärtners von Anfang an bestrebt, die gesamten Sammelgelder einschließlich der Reichs- und Staatsmittel an die Hinterbliebenen aufzuteilen. Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, daß die Werksverwaltung damit einen ganz bestimmten Zweck verfolgte, nämlich, die Aufmerksamkeit von dem Unglück dadurch abzulenken, daß man die Hinterbliebenen mit Geld für den Verlust der Angehörigen entschädigen wollte. Daß die Zusammenfassung des Ausschusses nicht nach dem Willen des christlichen Gewerkschafts gegangen, ist seine eigene Schuld. Soviele wir erfahren konnten, hat an der Besprechung über die Verteilung der Gelder, in der auch der engere Ausschuß gewählt wurde, ein Vertreter des christlichen Gewerkschafts und ein Vertreter der katholischen Geistlichkeit teilgenommen. Es ist hier anzunehmen, daß beide in den Ausschuß gewollt haben. Es hat dann einer auf den anderen gewartet, daß er von ihm in den Ausschuß vorgeschlagen werden würde. Da beide hinein wollten, ist der Vorschlag auch von beiden unterblieben. Dadurch ist es gekommen, daß sie in dem Ausschuß nicht vertreten sind. Es ist also ihre eigene Schuld bzw. sie sind durch ihre eigene Demagogie ausgeschaltet worden.

Daß die Vorwürfe gegen den Landrat Middelhaufe unberechtigt sind, geht daraus hervor, daß der Regierungspräsident, der ebenfalls ein Zentrumsmann ist, das ganze Vorgehen als einen Wahlstrich betrachtet. Wie wir erfahren haben, hat der Regierungspräsident geäußert: der Landrat des Kreises Neurode habe voll auf seine Pflicht erfüllt und habe nichts getan, was zu Bedenken Anlaß geben könnte. Damit ist wohl deutlich genug erwiesen, welche Bewandnis die ganze Zentrumsaktion hat. Da der Neuroder Kreis sowie die Grafschaft Blag durchweg katholisch sind, ist das Vorgehen des Zentrums durchaus verständlich. Die Herrschaften werden sich aber gefallen lassen müssen, daß ihnen die Maste auch vor der Wahl noch vom Gesicht gerissen wird. Sind sie falscher Information durch Herrn Riedel zum Opfer gefallen, dann sollen sie den Mut haben, die Unrichtigkeit ihrer Behauptungen einzusehen.

Richardson tot!

Der Kassierer unserer Internationale, W. P. Richardson, Sekretär der Durham Miners, ist plötzlich an einem Schlaganfall gestorben. Er wurde nur 58 Jahre. Schon früh lernte er Bergmanns Not und Leid kennen. Sein Vater verunglückte bei einem Grubenunglück 1885, das 40 Tote forderte. Nicht einen Pfennig Unterstützung bekam die Familie damals! Fünf Monate später fuhr der junge Richardson in die Grube, die seinen Vater getötet hatte. Dreißig Jahre arbeitete er als Bergmann, dann wurde er Angestellter seiner Organisation, wo er seit 1924 den Posten des Generalsekretärs bekleidete. Er wurde in der Organisation als Organisator und geistiger Leiter gerühmt. In unserer Internationale war er der Schatzmeister. Hier genoß er besondere Achtung wegen seines kollegialen Wesens und wegen seiner strengen Objektivität und seiner steten Bereitschaft zur Verständigung. Unser Verbandsvorstand hat der englischen Organisation brieflich das herzlichste Beileid ausgesprochen. Sein Andenken wird fortleben als das eines vorbildlichen Gewerkschafters.

WIRTSCHAFT

Die hohen Preispannen.

Zwischen den Produktionspreisen und den Kleinhandelspreisen klafft eine breite Kluft. Ungeheure Aufschläge erfolgen durch die Weiterverarbeitung und nicht zuletzt durch den Handel. Wenn der Großhandelsindex der Agrarstoffe im Juni dieses Jahres auf 110,4 steht und der Lebenshaltungsindex für Ernährung 142,7 beträgt, so ergibt sich eine Differenz von 22,3, die in diesem Ausmaß unerklärlich erscheint. In dieser ungeheuren Spanne liegt die Verteuerung der Lebenshaltung. Weitere Beispiele wollen wir folgen lassen: Im ersten Vierteljahr dieses Jahres betrug die Kostenpanne zwischen Korn und Mehl 1,8 Pf. und die Kostenpanne zwischen Mehl und Brot 21,5 Pf. Noch größer sind die Preispannen bei den Vieh- und Fleischpreisen. Im März 1930 betrug die Meßziffer für Lebendviehpreise (1930 = 100) 87,4; hingegen die Meßziffer der Ladenpreise für Fleisch 127,7. Zwischen diesen beiden Meßziffern besteht eine Differenz von 38,3. Der Verdienst der Ladenfleischer, der Viehhändler usw. ist also ganz enorm. Bei Textilien ergibt sich ebenfalls eine nicht gerechtfertigte außergewöhnliche Spanne. Im Juni 1930 betrug der Großhandelsindex für Textilien 107,9; dagegen der Lebenshaltungsindex für Bekleidung 166,8. Die Differenz beträgt hier 58,9. Um wieviel mehr würde die Bekleidungsindustrie beschädigt sein können, wenn die Preise für Kleider, Wäsche usw. sich dem Großhandelsindex für Textilien anpassen wollten! Am allerschlimmsten ist es bei den Markenartikeln. Bei Arzneimitteln beträgt der Aufschlag für den Handel rund 75 Prozent; bei medizinischen Drogenartikeln 60 Prozent; bei Parfümerien 50 Prozent; bei Toiletteartikeln 50 Prozent und bei Markenartikeln für Lebensmittel 30 Prozent. In dieser Spanne liegt unseres Erachtens die Herkquelle der Wirtschaft. Mit allen Mitteln muß versucht werden, die Preispannen zwischen dem Produktionspreis und dem Kleinhandelspreis zu mildern.

Kaliablaß im Juli.

Die Abladungen der zum Deutschen Kalisyndikat gehörenden Kalimerte im Juli 1930 betragen 938 591 Dz. Reinkali gegen 892 006 Dz. Reinkali im gleichen Monat des Vorjahres. Die Abladungen in den ersten drei Monaten (Mai 1930 bis Juli 1930) des laufenden Düngejahres betragen 2 669 836 Dz. Reinkali gegen 2 642 616 Dz. Reinkali in den ersten drei Monaten des Düngejahres 1929-30. In den ersten sieben Monaten des laufenden Kalenderjahres wurden von den Kalimerten insgesamt 9 230 894 Dz. Reinkali gegen 9 191 067 Dz. Reinkali in der gleichen Zeit des Vorjahres verhandelt.

In diesen Zahlen sind die Abladungen der Kalimerte für die Exportländer des Syndikats mit enthalten.

BÜCHER

Sämtliche hier angezeigten Bücher sind durch unsere Buchhandlung H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Straße 38-42, zu beziehen.

Die Wahrheit über Rußland. Vor kurzem erschien in französischer Sprache ein Werk des großen ukrainischen Dichters Panait Istrati über Rußland, das als aufrichtiges Bekenntnis eines Kommunisten wahrheitsgemäße Schilderungen der heute in Sowjet-Rußland herrschenden Zustände und der zur Umwandlung kommenden Regierungsmethoden enthält. Das Buch erregte allergrößtes Aufsehen. Panait Istrati erscheint in deutscher Sprache in drei Bänden. Band I: Auf falscher Bahn. 16 Monate in Rußland; kartoniert 2 M. (statt 2,80 M.). Band II: So geht es nicht. Die Sowjets von heute; kartoniert 2 M. (statt 2,80 M.). Band III: Rußland nackt. Zahlen beweisen; kartoniert 2,70 M. (statt 3,80 M.). Panait Istrati, der große ukrainische Dichter, der Gorki des Baltans, wie man ihn genannt hat, ist durch seine Romane in Deutschland bekannt geworden. Weniger wußte man bisher, daß er Bolschewist und als solcher Ende des Jahres 1927 von der Sowjetregierung zu einem Besuch in Rußland eingeladen worden ist. Istrati war 16 Monate in Rußland und fast bis zum Ende des ersten Jahres seines Aufenthaltes äußerte er sich in begeisterten Briefen über das Gesehene. Dann aber erlebte er den Zusammenbruch seines Glaubens an das neue Regimesystem, den er in den drei vorliegenden Bänden schildert. Der Kampf Istratis geht aber nicht gegen den Bolschewismus als solchen, sondern gegen die Bürokratie, die sich in diesem Regimesystem breit gemacht und eine beispiellose Mißwirtschaft und Korruption herbeigeführt hat. In der ganzen Welt erregt dieses Buch ungeheures Aufsehen. Die französische Originalausgabe liegt bereits im 50. Tausend vor.

Aus dem Saargebiet. Wieder ein Unglück, von welchem Saarbergarbeiter betroffen wurden.

Vor einigen Tagen ereignete sich erst ein Unglück durch Kohlenstaubexplosion auf der Schachtanlage Calmelet der In-Spektion II der Saargruben, bei welchem 9 Bergarbeiter zu Tode kamen und weitere 9 schwer verletzt wurden.

Am 19. August ereignete sich auf der Grube La Houve bei Kreuzwald in Lothringen durch Zusammenstoß eines Personenzuges mit einem Güterzug ein weiteres Unglück, bei welchem zur Zeit 5 Bergarbeiter tot und 42 schwer und leicht verletzt wurden. Die Toten und Verletzten sind mit Ausnahme ganz weniger sämtlich im Saar- und Saargrenzgebiet wohnhaft. Auf der lothringischen Grube arbeiten mehrere tausend Bergarbeiter aus dem Saar- und Saargrenzgebiet. Ein Teil derselben kehrt täglich von der Arbeitsstelle nach seinem Wohnort zurück und benutzt dazu von Saarlouis die elektrische Bahn bis zum Schacht I der lothringischen Grube La Houve. Von dort werden die Arbeiter mit einem Personenzug der Grube nach dem ungefähr 2 Kilometer weiterliegenden Schacht III gebracht. Dieses geschah auch am 19. August um 13 1/2 Uhr mit der Mittagsdicht. Die Lokomotive des Personenzuges befand sich am Ende des Zuges, welche die Wagen vor sich hertrieb. Desgleichen kam in der entgegengesetzten Richtung ein Güterzug, bei welchem die Maschine ebenfalls am Ende die Wagen vor sich herdrückte. Es erfolgte ein Zusammenstoß, welcher den letzten Personenzug vollständig zerkümmerte, so daß insgesamt zur Zeit 5 Tote zu verzeichnen sind.

Die Ursache des Unglücks ist auf schwere Verstöße zurückzuführen. Es erscheint uns instatistisch, daß eine Maschine, von welcher der Maschinenführer keine Uebersicht hat, am Ende eines Zuges die Wagen vor sich herdrückt. Ebenfalls unverständlich erscheint es, daß, wo der Personenzug täglich fahrplanmäßig verkehrt, zu derselben Zeit ein Güterzug auf demselben Gleise geschoben wird. Auch hier scheint die Ursache in der Rationalisierung und Antreibung zu liegen. Am bedauerndsten sind die in Mitleidenschaft gezogenen Opfer, um so mehr, da dieselben in einem fremden Land zu arbeiten gezwungen sind und die Zukunft der Verletzten in sozialer Hinsicht sehr zu wünschen übrig läßt.

Dieses Unglück muß den im Saar- und besetzten Gebiet wohnenden und in Lothringen beschäftigten Bergarbeitern erneut die Erkenntnis bringen, daß sie sich dem Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands anschließen müssen, damit bei vorkommenden Unglücksfällen sie in ihrer Organisation einen Rückhalt haben.

Klage der Bergarbeiter von Grube König gegen den Fahrsteiger Knobloch.

In dem Revier des christlichen Fahrsteigers Knobloch geht es toll zu. Von den Bergarbeitern wird dieser Herr als „lebendiger Lautsprecher“ angesehen, der wie auf einer Platte stets ein und dieselben Töne anschlägt. Bei seinen Prüfungen unter Tage ist ihm Grub ein Schimpfwort auf die Arbeiter: „Ihr Faulenzergänge“ usw. Wer ihm widerspricht, wird rücksichtslos gemahregelt. Bei den schlechtesten Verhältnissen wird das Gedinge reduziert.

Scharf sieht er darauf, daß die Kohlen sauber geladen werden, jedoch dies im Gedinge zu berücksichtigen, dafür hat er kein Verständnis. Im Antreiben der Arbeiter ist er unüberwindlich und benimmt sich, als wenn er Berge verschieben könnte. Um ihn zufriedenzustellen, jinnen die Bergarbeiter darauf, eine große Schaufel von 1,20 Meter Durchmesser anfertigen

zu lassen, damit ein Förderwagen mit einer Schaufel sofort gefüllt werden kann.

Die Bergverwaltung täte gut, diesen Herrn Oberantreiber an eine für den französischen Staat wichtigere Stelle zu bringen, wo die Menschen noch zu kultivieren sind. Beim Saarbergarbeiter ist das nicht mehr nötig, weil er selbst weiß, was zur Betriebs- und Wirtschaftsordnung notwendig ist. Es bedarf dieser übertriebenen Antreibereien des Fahrsteigers Knobloch nicht.

Mitteldeutschland.

Taten der „Revolutionäre“.

Kommunistischer Parteifunktionär liefert seine Klassengenossen ans Untermessermesser.

Im „Klassenkampf“ vom 12. August schreiben die Kleinen Berngroße aus der Lerchenfeldstraße etwas über „Bankrott der Sozialfaschisten im Mansfeld“. Wenn diese Leute wüßten, welches Gelächter sie mit dem Produkt unheilbaren Größenwahnsinns unter den Arbeitern auslösten, würden sie sich hüten, weiterhin einen derartigen Ausfall zu verzapfen. Tatsache ist jedenfalls, daß alle die heute noch nicht wiedereingestellten Arbeiter, darunter auch eine Anzahl sogenannter Revolutionäre, fast täglich in den Gewerkschaftsbüros vorpreschen, um durch Vermittlung der Gewerkschaften wieder in den Betrieb hineinzukommen.

Das „revolutionäre“ Zentralfreibüro in Eisleben liegt öde und verlassen da; dorthin vertritt sich kein Arbeiter mehr. Die durch die Schuld der Kommunisten noch auf der Straße liegenden Arbeiter haben klar erkannt, daß ihnen nur durch die Macht der Organisation geholfen werden kann. Die Zahlen, die in dem genannten Artikel von den einzelnen Betrieben aufgeführt werden, entsprechen ebenfalls nicht den Tatsachen. Wenn der „Klassenkampf“ weiter schreibt, daß die Maßregelungen auf Grund der Listen, die der Mansfeld UG. durch die Polizei geliefert worden seien, vorgenommen sind, dann hat er nur vergeblich anzugeben, wer der Polizei diese Listen übermittelte hat.

Wir können ihm in dieser Hinsicht etwas das Gedächtnis auffrischen. Das ist der heutige Hundertprozent-Revolutionär und frühere Betriebsratsvorsitzende der Krughütte, Otto Wessel, ein wackelhafter und linientreuer Oppositioneller und Kommunist, der der Polizei und der Mansfeld UG. Duzende von Arbeitern ans Messer geliefert hat. Wenn heute noch auf der Krughütte sovjet Arbeiter außerhalb des Betriebes stehen, dann können sie sich bei ihrem früheren Betriebsratsvorsitzenden, dem Kommunistenführer Otto Wessel, bedanken.

Dieser hat in dem Betriebsratszimmer bei Ausbruch des Streiks das ganze kommunistische Parteimaterial, die Korrespondenz mit der Unterbezirks- und Bezirksleitung, den gesamten Organisationsplan der Zellenleitung auf dem Betrieb, die Zellenleiter- sowie die Mitgliederlisten der Kommunisten treu und brav auf dem Tisch liegen lassen — jedenfalls, damit ja recht schnell der Betriebsleiter Einsicht in diese Akten nehmen konnte. Es ist selbstverständlich, daß sich die Werksleitung solch wertvolles Material nicht entgehen läßt, zumal dadurch es ein Leichtes für sie war, diejenigen Leute nicht wieder einzustellen, die an der Spitze der kommunistischen Partei unter Führung von Otto Wessel in den Betrieben kommunistische Parteipropaganda trieben.

Und dieser Mensch schämt sich nicht, auf dem sogenannten revolutionären Gewerkschaftskongreß noch große Töne zu schwängen über den revolutionären Plan der Mansfelder Arbeiter! Er ist einer derjenigen, die dazu beigetragen haben, daß heute noch eine Anzahl Arbeiter auf der Straße liegen.

